Donnerstag, 18. Oktober 1923. Einzelnummer 4000 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 237.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 105 000
in den Ausgabestellen 107 000
durch Zeitungsboten 108 000
am Postamt inkl.
Postgebühren . . . 115 800
ins Ausland 150 000 poln. M.
in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 2000.— M. Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 2000.— p. M, „ Reklameteil 6500.— p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Falschmünzerei.

Auch die Geisteswelt, die Welt der Gedanken und Urteile, hat ihre Umlaufmünze, die natürlich geistiger, nicht materieller Art ist. Die abgegriffenste Scheidemünze der politischen Welt ist das politische Schlagwort. Wertvollere Mittel des geistigen Austausches sind in der politischen Sphäre gewisse Urteile und Anschauungen, die von Mund zu Mund getragen, durch die Presse, durch die Reden der Staatsmänner oder geradezu durch staatliche Zwangsmittel in Umlauf gesetzt werden. Die Menge der Staatsbürger braucht gewisse feste Anschauungen, mögen diese nun der Wahrheit mehr oder weniger nahe kommen. Diese „landläufigen“ Anschauungen werden aus Bequemlichkeit und infolge der häufigen Wiederholung, die sie den Köpfen gleichsam einhämmert, zu feststehenden „Wahrheiten“, zu einer Art von politischen Dogmen. Ohne diese politischen Dogmen würde keine politische Partei oder Fraktion zusammenhalten.

Bei dem bewußten Inumlaufsetzen solcher politischer Schlagworte und Allerweltsanschauungen wird nun seit Beginn des Weltkrieges und nach dessen Beendigung noch in steigendem Maße grobe Falschmünzerei verübt. Die nationalistische Zerspaltung des Europäertums wird mit allen Mitteln der Lüge und Entstellung gefördert, und immer wieder wird der Versuch gemacht, die Massen durch willkürlich ausgegebene Parolen irrezuführen.

Brunnenvergiftung in größtem Stil wird jetzt an vielen Orten getrieben. Vorzüglich von einer gewissen Seite aus, nämlich von den „Siegern“ im Weltkriege. Eine kleine Oberschicht in diesen Völkern wünscht, um ihre Kriegsgewinne zu sichern und noch zu vermehren, im Streben nach Ausdehnung der Macht, die Fortdauer des Hasses und der Uneinigkeit zwischen den Völkern. Ein trauriger „Sieg“, möchte man sagen, der zur Stütze seiner Ergebnisse solcher Mittel bedarf.

Worum geht es den Siegern eigentlich? Systematisch soll die Lüge aufrecht erhalten werden, als hätten nur die Ententestaaten aus guten, edlen und anständigen Motiven gekämpft, und als sei auf seiten der Mittelmächte nichts als Niedertracht und Tücke ohne jedes wahre Heldentum zu finden gewesen. Selbst dem einzelnen Soldaten der ehemals feindlichen Mächte soll der Ruhm genommen werden, ehrenvoll für sein Vaterland sein Leben eingesetzt und dahingegeben zu haben. Die Denkmäler der Vergangenheit werden mit tückischer, rachsüchtiger Hand angetastet. Der französische Ministerpräsident Poincaré hat in einem Erlaß vom 9. Juli d. J. über die deutschen Kriegsgräber die Zerstörung des Grabdenkmals auf den Gräbern der am 18. August 1870 gefallenen Gardefüsiliere auf dem Schlachtfelde von St. Privat ausdrücklich angeordnet und die Wiederaufstellung des Grabdenkmals verboten. Nicht besser treibt es Mussolini in Italien. Der Präfekt in Trient hat eine Kommission eingesetzt, welche die Kriegerdenkmäler in der Provinz Trient zu „überprüfen“ hat. Die Kommission hat folgende Vorschläge gemacht: Alle Huldigungen der Gefallenen und der Teilnehmer an dem Krieg gegen Italien, zum Beispiel jede Bezeichnung wie „Märtyrer“ und „Helden“ ist zu entfernen, alle Wahrzeichen, die sich gegen Italien wenden, sind abzuändern oder zu entfernen. Kein weiteres Kriegerdenkmal darf ohne vorherige Bewilligung der Kommission errichtet werden.

Sieht man hier nicht deutlich die häßlichen, krummbeinigen Zwerge des hypernationalen Fanatismus am Werke, die das große und Edle umlauern und mit ekelhaftem Geifer bespeien? Kann man sich etwas Unvornehmeres denken, als dies Vorgehen gegen die Denkmäler von Männern, die ihrer Pflicht gehorchend für ihr Vaterland gefallen sind, und von denen ein guter Teil wirkliche Helden waren? Jeder anständige Mensch sollte doch auch die Angehörigen anderer Völker, die für ihr Vaterland gefallen sind, achten und ehren.

*

Dieser hämische Zwergengeist, der nur das eigene Wesen kennt und alles andere tief in den Schmutz ziehen will, geht leider auch in Polen um. Piłsudski hat Anfang Juli in einer bedeutenden Rede das heimtückische Treiben der „Zwerge“ gebührend gebrandmarkt.

Vor allen gegen die Minderheiten Polens wird eine Hetze von chauvinistischen Elementen ins Werk gesetzt, die die erstaunlichsten Leistungen der Entstellung und Fälschung fertig bringt. Die Ermordung des Präsidenten Narutowicz im Dezember des vorigen Jahres mußte den Bürgern nichtpolnischer Nationalität bereits die Augen öffnen. Wurde doch der edle Präsident von jenem Fanatiker niedergeschossen, weil er auch mit den Stimmen der Minderheiten gewählt war. Der nichtswürdige Mörder wurde sogar noch zum Gegenstand eines Kultus gemacht. Dieser Haltung gegenüber gibt es kein Kompromiß. Als Todfeind steht der völkische Chauvinismus des Nationalen Volksverbandes den Bürgern anderer Nationalität gegenüber und will deren Austilgung. Kein Mittel wird unversucht gelassen, um die „Fremden“ zu schädigen und zu unterdrücken.

Nach der großen Pulverexplosion, die am Sonnabend in der Warschauer Zitadelle stattfand, hat die gegenwärtige nationalistische Regierung eine merkwürdige Haltung eingenommen. Sofort in der Nacht nach dem Unglück wurde ein Aufruf an die Bevölkerung der Hauptstadt erlassen, der von dem gesamten Kabinett unterzeichnet ist, und der ganzen Sache eine merkwürdige Wendung gibt. Von vornherein wird in dem Aufruf behauptet, daß eine verbrecherische Hand den Anschlag verübt habe. Die neue Katastrophe wird mit viel Willkür und wenig Logik in Verbindurg mit anderen Erscheinungen gebracht. Darunter werden genannt: „Die Anschwärzung Polens im Auslande, das Untergraben des Vertrauens zu unserem Staate, das Säen von Verwirrung im Inneren mit allen Mitteln“ und überhaupt das ganze Wirtschafts- und Finanzelend Polens. Alles dies seien die Mittel und Wege, auf denen ein Kampf gegen den Staat geführt werde. Die scharfe Sprache dieses Aufrufes und die kühnen Behauptungen über die Ursache der Explosion dürften einem objektiven Beobachter als durchaus verfrüht, ja als etwas voreilig erscheinen. Bisher hat die Untersuchung noch keine wirklich handfeste Tatsache ergeben, die den Beweis lieferte, daß es sich hier um einen Anschlag handelt. Der Soldat Juszczak, der beim Pulvermagazin auf Posten stand, sah einen Mann mit brennender Zigarette in das Pulverlager gehen. Dann raubte ihm die Explosion das Bewußtsein. Wird ein verbrecherischer Anschlag mit einer brennenden Zigarette ausgeführt? Da gibt es doch andere Mittel, die dem Verüber größere Sicherheit garantieren. Überhaupt war die Lagerung der Sprengstoffe in Warschau durchaus nicht einwandfrei. Der französische Major Olivain, der der französischen Militärmission in Warschau angehört, hat schon am 19. August d. Js. dem Artilleriedepartement einen Bericht zur Warnung eingereicht. Er erklärt darin, wenn die Art und Weise der Unterbringung von Sprengstoffen nicht einer gründlichen Veränderung unterliege, so werde Polen in den nächsten Monaten zum Schauplatz von Katastrophen werden. Wie war es überhaupt möglich, daß ein Mann mit brennender Zigarette au das Pulver herangehen konnte? Da war doch die Bewachung durchaus ungenügend.

Es ist bequem, für solche Nachlässigkeit und Unvorsichtigkeit gänzlich unbekannte „umstürzlerische“ Elemente verantwortlich zu machen. Es ist bequem — aber gefährlich. Mit Recht bemerkt der „Kurjer Polski“ zu dem Aufruf der Regierung: „Hat man sich nicht Rechenschaft gegeben, daß auf diese Weise nur eine Panik in der Gesellschaft erzeugt wird? Welche Garantie haben die Einwohner Warschaus, daß die verbrecherische Hand, die am Sonnabend ein Pulverlager in die Luft sprengte, nicht morgen oder in einer Woche dies wiederholt? Jede Regierung, so bemerkt der „Kurjer Polski“, bemüht sich in solchem Falle, das Volk zu beruhigen, unsere handelt anders. Und wenn wenigstens der Hinweis auf die verbrecherische Hand sie vor Vorwürfen schützen würde. Aber im Gegenteil, gerade dann fällt auf sie die Schuld der ungenügenden Bewachung des Pulverlagers.“

*

Am Sonntag wurden in Posen die Leichen zweier Generale und eines Staatsmannes und Dichters nach der St. Adalbertkirche überführt, von Männern die zu Zeiten Napoleons eine hervorragende Rolle als Führer der polnischen Legionen spielten. Bei dieser Gelegenheit gibt der „Kurjer Poznański“ in einem Leitartikel ein sehr rosig gefärbtes Bild von dem Verhältnis Polens zu Frankreich. Er weist darauf hin, daß die Führer der Legionen in Frankreich eine ideale Macht sahen, die allen Völkern auf der Spitze der Bajonette Freiheit brachte, eine Macht, die mit Tyrannei und Absolutismus kämpfte, und von der sie die Wiedererlangung der Unabhängigkeit erhofften. Mit kühnem Sprung wird über die Enttäuschung dieser Hoffnungen hinweg- und auf die Gegenwart übergangen. „Aber doch am Ende nach hundert Jahren erwies sich der Triumph Frankreichs auch als unser Triumph. Sein Sieg ist unser Sieg, sein Ruhm ist unsere Freiheit.“

Es ist wirklich lohnend, die tatsächlichen Schicksale der Legionen zu betrachten, die der „Kurjer“ in seinem Aufsatz ganz übergeht. Bekanntlich wurden die Legionen von Frankreich rücksichtslos ausgenutzt und geopfert. Bei keinem seiner Friedensschlüsse vor Tilsit berücksichtigte Napoleon die polnische Frage. In Italien wurden die polnischen Truppen im Jahre 1799 fast aufgerieben. Nach dem Frieden von Lüneville (1801) schickte der erste Konsul von Frankreich den größten Teil der Legionen unter dem General Jabłoński nach der Insel San Domingo zur Bekämpfung eines Negeraufstandes. Dort kamen die Reste der Legionen, mehr durch das Klima als durch Kämpfe, elend um, ohne einen Erfolg für die Heimat errungen zu haben. Hoffnungslos starben sie unter fremdem Himmel. Trotzdem hielt Dąbrowski weiter treu zu Napoleon, der ihn noch recht lange auf die Befreiung seines Landes warten ließ. Groß war die Enttäuschung der Polen, als im Jahre 1807 ihnen Napoleon nur ein kleines Herzogtum Warschau als Staat anbot. Das ganze Gebilde war nur ein französisches Vorwerk gegen Rußland, politisch und militärisch war das Land in den Händen der Franzosen. Blutigen Tribut verlangte Napoleon, der „Kriegsgott“, für die Gründung dieses Vasallenstaates. Ein polnisches Hilfsheer von 8000 Mann mußte in Spanien sein Blut vergießen, um den Spaniern die Freiheit — zu rauben. 1812 sollte das Herzogtum Warschau wieder als ein Hauptbollwerk Frankreichs gegen die Russen dienen. 80000 Polen wurden ausgehoben und mußten den Krig mitmachen. Es ist bekannt, wie dann Napoleons Herrschaft zusammenbrach und wie der Wiener Kongreß über Polen entschied. Es liegt entschieden auch eine Falschmünzerei darin, wenn man dem Volke den Glauben erweckt, daß Frankreich aus reiner Liebe für die Freiheit und nicht aus eigennützigen Motiven die Sache Polens zu der seinen gemacht hätte.

Ebensowenig ist jetzt das Bemühen Frankreichs, Polen zu unterstützen — wohlgemerkt; nur mit Kriegsmaterial —, uneigennützig. Polen soll eben die Angst Frankreichs vor einer künftigen Machtentfaltung Deutschlands bannen und als Scheidewand zwischen Deutschland und Rußland dienen. Warum keine wirtschaftliche Unterstützung? Warum nicht einmal Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lebensinteressen Polens, die durch die Ruhrpolitik aufs empfindlichste geschädigt werden? Warum die Stimme Frankreichs im Völkerbundsrat für Benesch, nicht für Skirmunt? Polen soll wie zu Napoleons Zeiten nichts sein, als der gehorsame Soldat Polens und im übrigen ein bescheidenes Dasein führen ohne eigene Weltgeltung. Es heißt Falschmünzerei treiben, wenn man dem polnischen Volke vorredet, daß es mit Frankreich durch Dick und Dünn gehen müsse. Ein gehorsames Vasallentum gegenüber Tartarin kann für Polen noch einmal höchst gefährliche Folgen haben, wie es sie im Grunde schon jetzt hat.

Frankreich ist gleich jenem Baume in Meyerbeers „Afrikanerin“; wer in seinem Schatten ruhen will, der stirbt.

Die Ausstände im polnischen Bergwerksgebiet.

In Oberschlesien

wurde am Montag die Arbeit zum Teil wieder aufgenommen. Die Personenzüge konnten zu mehr als 50 v. H., die Güterzüge zu 30 v. H. des Normalbetriebs wieder verkehren. Die Post- und Telegraphenbeamten arbeiten schon seit Sonnabend wieder. In den Zechen wird zum Teil noch gestreikt. Die Arbeiter von Bismarckhütte veranstalteten einen Demonstrationszug nach Kattowitz. Dort in Boguschütz wurde die Menge von der Polizei ohne Anwendung von Waffengewalt auseinandergetrieben. Es wurden zwei Kommunisten verhaftet.

Verbot deutscher Zeitungen.

Die Polizeidirektion in Königshütte verbot bis auf Widerruf das Erscheinen des „Oberschl. Courier“. Den Anlaß dazu gaben die Aufsätze „überall noch Streik“, „Ulanenattacke“ und „Der Streik wird weiter geführt“, in denen die Aufforderung zur Fortsetzung der Streiks und zum Widerstand gegen die Staatsgewalt gesehen wird.

Maßnahmen gegen deutsche Redakteure.

Aus Kattowitz wird gemeldet: Die Redakteure Zimmer (?) und Fischer wurden als lästige Ausländer aus der Wojewodschaft Schlesien ausgewiesen. Der verantwortliche Schriftleiter Kroczek wurde unter Anklage gestellt.

Der neue Leiter der Wojewodschaft

Der Departementsdirektor Dr. Kątski, den der Innenminister mit der Leitung der schlesischen Wojewodschaft betraut hat, hat sein Amt angetreten.

Bergarbeiterausstand im Dąbrowagebiet.

Nach Meldungen polnischer Blätter sind die Bergarbeiter im Dąbrowagebiet in den Ausstand getreten. Sie stellten folgende Forderungen: 1. wöchentliche Revision und Auszahlung der Löhne. 2. Erhöhung der Löhne nach dem Maße der Zunahme der Teuerung. 3. Sofortige Versorgung der Industriegebiete mit den Hauptbedarfswaren. Es wurde beschlossen, dauernd Fühlung mit den streikenden Arbeitern in Oberschlesien zu halten. Die militärische Besatzung des Dąbrowagebietes wurde verstärkt.

Die letzte Meldung über die Streiklage in Kattowitz

lautet: Seit Montag nachmittag ist auf der ganzen Linie allmähliche Arbeitsaufnahme festzustellen. Die Eisenbahner haben am Dienstag vormittag die Arbeit aufgenommen. Nach den ersten Feststellungen sind etwa 96 Prozent der Streikenden auf der Arbeitsstätte erschienen. Die Verhandlungen mit der Regierung mußten abgebrochen werden, weil sich verschiedene Kompetenzstreitigkeiten eingestellt hatten. Sobald die Verhältnisse geklärt sein werden, wird mit neuen Verhandlungen, die der rasenden Teuerung Rechnung tragen sollen, begonnen werden. Einstweilen hat die 58prozentige Gehaltszulage und die unentgeltliche Lieferung von Kartoffeln und Kohlen Gültigkeit erhalten. Für die Eisenbahnarbeiter gilt die 130prozentige Zulage ab 10. Oktober. In den Vormittagsstunden des Dienstags begann wieder der fahrplanmäßige Verkehr. Die Straßenbahn verkehrt seit Montag nachmittag. Gegen 5 Uhr wurden die ersten Wagen in Betrieb genommen. Am Dienstag verkehrten die einzelnen Züge nach dem Fahrplan. Die Verhandlungen wegen Lohnaufbesserung führten zu dem Ergebnisse, daß der polnischen Belegschaft der Straßenbahn die gleichen Zulagen wie den Arbeitern der weiterverarbeitenden Industrie gewährt werden. Weiter soll den Straßenbahnern ein besonderer Vorschuß gezahlt werden. Dieser wird jedoch von der Aufnahme eines Darlehns in Höhe von 2 Milliarden Polenmark abhängig gemacht, das von einem Kreditinstitut der Kleinbahngesellschaft gegen zwei Bürgschaften in Aussicht gestellt worden ist. Augenblicklich bemüht sich die Direktion der Kleinbahn um den zweiten Bürgen.

Die deutschen Schulen in Polen.

Bei Behandlung der Schulfragen sagt die gestern schon an dieser Stelle behandelte **Denkschrift der deutschen Vereinigung im Sejm und im Senat:**

„Das deutsche Volksschulwesen hat seit Bestehen des polnischen Staates trotz internationaler Verträge und trotz wiederholter Toleranzerklärungen unserer jeweiligen Regierungen den stärksten Abbruch erlitten und steht insbesondere gegenwärtig unter dem Zeichen schärfster Bedrohung.

Wir halten die Verordnung des Ministers der ehem. preuß. Gebietsteile vom 10. März 1920, nach welcher nur bei 40 Kindern deutscher Nationalität an einem und demselben Orte eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache zu eröffnen sei, unvereinbar mit Art. 1 und 9 des Minderheitenschutzvertrages. Wenn dort von einer beträchtlichen Anzahl von Kindern die Rede ist, so darf nicht ohne weiteres diese Zahl auf 40 festgesetzt werden. Es gibt viel weitentlegene Orte, in denen auch bei weniger als 40 Kindern eine Schule nötig ist, und die preußische Schulverwaltung hat zwei Schulen von 10, 15 und noch weniger Kindern sowohl für katholische als auch evangelische Kinder unterhalten; in einigen anderen Ländern, z. B. Dänemark, Schweden, Norwegen ist die Normalzahl für Kinder einer Volksschulklasse gesetzlich auf 24 festgesetzt worden. In den ehem. preuß. Gebietsteilen sind nach und nach Hunderte von evangelischen Schulen geschlossen worden und die Kinder polnischen Schulen überwiesen. Am 1. Januar 1923 besuchten polnische Schulen mit polnischer Unterrichtssprache in Pomorze 631 und in der Wojewodschaft Posen 298 Kinder deutscher Nationalität; in polnische Schulen wurden von polnischen Lehrern deutsch unterrichtet in Pomorze 1442, in Posen 391 Kinder.

In der Posener Wojewodschaft sind nach der Meldung der polnischen Presse zum 1. September 1923 rund 200 deutsche Hilfslehrkräfte entlassen worden. Nur in einigen Fällen würden an ihrer Stelle voll ausgebildete Lehrkräfte angestellt. Die Kinder der aufgelösten deutschen Schulbetriebe werden in der Regel gezwungen, in eine polnische Schule zu gehen oder bleiben unbeschult. Für evangelischen oder deutsch-katholischen Religionsunterricht wird seitens der Schulbehörde in der Regel nicht Sorge getragen, z. B. Nowice, Kr. Schrimm, Gorzykowko, Kr. Witkowo, Mały Gaj, Kr. Samter, Ostrowieczno, Kr. Schrimm, Tuchola.

Als Beispiele für die Schließung deutscher Volksschulen führen wir folgende an: 1. Nowy-Barkowizyn, Kr. Berent. Die Kinder gehen nunmehr in die polnisch gewordene Schule dieses Ortes. 2. Piaski- Kr. Gostyn; 32 Kinder aus Piaski, Drzentalowo, Smogorzewo, Małe i Wielkie Strzelce und Michałowo gehen in die polnischen Schulen dieser Orte. 3. Broniewic, Kr. Mogilno. 29 Kinder sollen nunmehr in die polnisch gewordene Schule dieses Ortes gehen. 4. Czarnotol, Kr. Mogilno. Kinder müssen jetzt in die polnische Schule zu Strzewo gehen. 5. Owieczki, Kr. Gnesen. 35 Kinder müssen in die polnische Schule des Ortes gehen. Antrag der Eltern auf Einschulung in die 2 Kilometer entfernt liegende nächste deutsche Schule in Kunorowo abgelehnt. 6. Letnia Góra, Kr. Gnesen. 26 Kinder müssen jetzt in die polnische Schule in Letnia Góra gehen. 7. Biatkowo, Kr. Posen-Ost. 27 Kinder besuchen die katholische Ortsschule. 8. Rosnowka, Kr. Posen-West. 26 Kinder sollen die katholische Ortsschule besuchen. 9. Czeluscin, Kr. Gostyn. 36 Kinder besuchen die katholische Schule. 10. Wymalowo, Kr. Gostyn. 27 Kinder besuchen die katholische Schule. 11. Radzyn, Kr. Graudenz. 33 Kinder besuchen die katholische Schule. 12. Skrzetuszewo, Kr. Gnesen. 1921: 58, 1922: 47, 1923: 38. 13. Kosten. 1921 und 1922 über 40, 1. September 1923 41, darunter 5 Gastschüler. 14. Ostrowieczno, Kr. Schrimm. 1923: 28 und 28 Gastschüler. 15. Kosielaski. 1. September 1923 41 Kinder, kein Lehrer. 16. Popowo-Woniecki, Kr. Schmiegel. 1921 und 1922 über 50 Kinder, 1. Sept. 1923 bis 38 Kinder. 17. Mały Gaj, Kr. Samter. 1. Sept. 1923 23 Kinder, eingeschult in die nächste Schule, eine Stunde Weges entfernt. 18. Pilka, Kr. Filehne. 27 Kinder, Gastschüler aus Bronitz 27, = 54 Kinder besuchen keine Schule. 19. Lipiniec, Kr. Kolmar. 1. Sept. 1923 29 Kinder, Gastschüler aus Lipin 21, zusammen 50 Kinder. 20. Głuchówek, Kr. Koschmin. 1921 über 40 Kinder, 1922 unter 40 Kinder, 1923 30 Kinder, keinen Unterricht. 21. Huta, Kr. Czarnikau. 1921 63 Kinder, 1922 56, 1. Sept. 1923 45 Kinder, keinen Lehrer. 22. Gorzykówko, Kr. Witkowo. 1921 63, 1922 28, 1. Sept. 1923 26 Kinder.

Sammelschulen sind in großer Zahl aufgelöst, die Wünsche der Eltern auf Beschulung ihrer Kinder in einer inmitten des Bezirks liegenden Sammelschule bleiben dabei unberücksichtigt. Die Schulgrundstücke der evangelischen Gemeinden werden unter Hinweis auf § 192 II des Allgemeinen Landrechts durch die Kreis- oder Ortsschulräte den evangelischen Gemeinden fortgenommen, auf den Staat überschrieben und katholischen Schulgemeinden überwiesen, obgleich die evangelische Gemeinde rechtlich eingetragener Grundeigentümer ist. Diese Vorgänge erscheinen uns ungesetzlich. Die evang. Schulhäuser haben nach unserer Rechtsauffassung nicht ihren Zweck verloren, solange in der evangelischen Schulgemeinde auch nur einige Kinder verbleiben. Es dürfen daher evangelische Schulgemeinden weder aufgelöst noch ihr Eigentum eingezogen werden. Das Schulgesetz vom 17. Februar 1922 bezieht sich nicht auf die Volksschulen der Minderheiten, da nach Art. 18 dieses Gesetzes ein besonderes Gesetz für die Schulen der Minderheiten in Aussicht genommen ist, dessen Einbringung in den Sejm uns auch der Herr Unterrichtsminister zugesagt hat."

Dann befaßt sich die Denkschrift mit der Schließung deutscher höherer Privatschulen und stellt fest, daß am Schluß des verflossenen Schuljahres verschiedene höhere Privatschulen durch die Schulkuratorien in Thorn und Posen ohne Angabe von Gründen oder ohne zwingende Gründe geschlossen worden sind.

Aus der reichen Fülle von Einzelfällen werden folgende angeführt:

„1. Die deutsche Privatschule in Filehne wurde ohne Angabe von Gründen seitens des Kuratoriums Okręgu Szkolnego in Thorn geschlossen, obwohl sie unter der Leitung durchaus qualifizierter Lehrer and. Eine Beschwerde an den Herrn Minister blieb erfolglos, die Schule ist bis heute nicht eröffnet. Das Kuratorium erklärte auf Anfrage, es könne seine Gründe nicht sagen.

2. Das christliche Pädagogium in Sępolno ist geschlossen worden, weil der Leiter, Pastor Wurlitzer, obwohl wissenschaftlich durchaus befähigt, illoyal gegen den polnischen Staat gewesen sein soll. Der Beweis für diese Behauptung fehlt heute noch. Der Starost, der diesen Vorwurf erhob, ist inzwischen seines Amtes enthoben worden. Pastor Wurlitzer stand 21 Jahre an der Spitze der Anstalt. Eine Beschwerde an den Herrn Minister blieb bisher unbeantwortet.

In einer Reihe von Fällen wurde die Konzessionierung von Privatschulen seitens der Schulkuratorien verweigert, weil die von den Schulkuratorien gestellten Forderungen unerfüllbar waren. Die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Forderungen war den Kuratorien wohl bekannt. Auf diese Weise sind nicht eröffnet:

die Privatschulen in Tuchel, Mewe, Löbau, Kulm, Briesen und die Anfangsschule von Frl. Rafalski (70 Jahre alt) in Graudenz und der größte Teil der höheren deutschen Privatschulen in Posen. Dem eröffneten deutschen Privatgymnasium in Konitz macht man seitens des Kuratoriums Schwierigkeiten zur Fortführung von acht Klassen.

In Soldau sind in der Mittelschule die deutschen Parallelklassen am 1. September 1923 geschlossen worden. Eine Beschwerde von fünfzig Eltern an das Schulkuratorium in Thorn und an den Herrn Minister ist bisher unerledigt geblieben. Die Elternrechte, die der Herr Minister in Beantwortung unserer Interpellation zu wahren zugesagt hatte, wurden hier in keiner Weise geachtet. In Soldau bestimmen der Starost und der Rektor der Schule über die Erziehung der Kinder."

Diesen Darlegungen folgen in der Denkschrift „Besondere Wünsche und Anträge". Sie lauten:

„1. Wir bitten, daß uns das durch die Verfassung und den Minderheitenschutzvertrag zugesicherte Recht zur Gründung, Leitung und Beaufsichtigung eigener Schulen, in denen wir den Gebrauch unserer eigenen Sprache ungehindert pflegen können, nicht, wie bisher, durch Anwendung von Verwaltungsmaßnahmen und ehemaliger für andere Verhältnisse geschaffener preußischer Gesetze erschwert werde, sondern daß die Garantien, welche Verfassung und Minderheitenschutzvertrag zusichern, nicht nur, wie bisher, auf dem Papier stehen bleiben. Dazu gehört: a) Bei der Anstellung bzw. Bestätigung von Leitern ist nicht auf der Forderung der Kenntnis der polnischen Sprache in Wort und Schrift zu bestehen, wenn der Betreffende sonst allen billigen Forderungen entspricht. Es muß zunächst genügen, wenn an jeder Anstalt eine Lehrkraft der polnischen Sprache und Schrift so weit mächtig ist, daß sie mit den Behörden den Schriftverkehr in der Amtssprache führen kann. b) Den bisher in Polen beschäftigten Privatlehrern, die die nachgesuchte polnische Staatsangehörigkeit noch nicht verliehen erhalten haben, soll in der Übergangszeit die Lehrerlaubnis nicht abgesprochen werden (vgl. Genfer Abkommen für Oberschlesien). c) Bei der Einreichung der Lehrpläne ist nicht zu verlangen, daß die eingereichten Lehrpläne Wort für Wort den Lehrplänen der polnischen Staatsanstalten gleichen Typs entsprechen, sondern ihnen unter Berücksichtigung der Eigenart der Minderheitsschulen nur gleichwertig sind, wie es in den Bestimmungen über die Verleihung der Öffentlichkeitsrechte an Privatschulen ausdrücklich heißt. d) Wir bitten, daß das Recht der Beaufsichtigung der von uns gegründeten Schulen uns nicht beschränkt werde. In den Urkunden, welche den Leitern der Anstalten zugehen, ist neuerdings der Satz enthalten, daß das Recht der Beaufsichtigung und der Erteilung pädagogischer Fingerzeige einzig und allein dem Kuratorium Okręgu Szkolnego und dessen Organen zusteht und keine andere Organisation in dieser Hinsicht tätig sein darf. Dem Staate steht selbstverständlich in erster Linie das Aufsichtsrecht zu. Wir erblicken aber in dieser Maßnahme eine Beschränkung des uns verfassungsmäßig zustehenden Rechtes.

2. Wir bitten, daß den Anstalten, die den Anforderungen genügen, die Öffentlichkeitsrechte nach den bestehenden Bestimmungen gewährt werden. Dazu gehört vor allen Dingen folgendes: a) An den anerkannten Anstalten werden, wie bisher schon in Bromberg, Posen, Lissa, Krotoschin, Lemberg und Stanislau Reifeprüfnguen unter dem Vorsitz eines staatlichen Kommissars vom Kuratorium Okręgu Szkolnego abgehalten, denn es ist unmöglich, daß Schüler, deren Muttersprache die deutsche ist und die auch ihren Unterricht in deutscher Sprache erhalten haben, vor der Kommission einer anderen Anstalt die Prüfung in polnischer Sprache ablegen. b) Allen Schülern, Schülerinnen und Lehrkräf-

Sejm und Ministerpräsident.

In der Dienstagssitzung des Sejm wurde die Aussprache über das Exposé des Ministerpräsidenten und die Rede des Finanzministers fortgesetzt.

Der Sozialdemokrat Barlicki gab ein Bild der gegenwärtigen Wirtschaft in Polen und erklärte den herrschenden Zustand für eine Folge des Fehlens des Gleichgewichts im Staatshaushalt. Dies wiederum sei eine Folge der ungenügenden Besteuerung der besitzenden Klassen, zugleich eine Folge der vielen Steuerhinterziehungen. Diese Lage der Dinge beeinflusse in bedenklicher Weise die Lage der Arbeiter. Die Valuta sei ein Mittel der Ausbeutung des Staates und der arbeitenden Bevölkerung geworden. Dem Arbeiter schwände sein Lohn unter der Hand dahin, — da aber in der Natur nichts verloren geht, so müßten auch diese Werte irgend einer anderen Stelle zugute kommen. Die Arbeiter hätten sich vor kurzem das Recht erkämpft, ihre Löhne alle zwei Wochen zu regulieren, — dieses Recht würde aber nicht überall gewahrt. Jetzt müsse die wöchentliche Regulierung der Löhne erkämpft werden. Der Redner bekämpfte dann in scharfer Weise die gegenwärtige Regierung, besonders den Außenminister, den Kriegsminister und den Unterrichtsminister, denen er vorwarf, daß sie sich von Parteirücksichten leiten ließen. Er verlangte Rücktritt des Ministerpräsidenten und erklärte: Notwendig sei eine auf das Vertrauen der breiten Massen der Bevölkerung gestützte Regierung mit einem Programm, das auch vor den Taschen der Besitzenden nicht zurückschrickt. Für eine solche Regierung würden auch er und seine Freunde die Verantwortung übernehmen. (Zurufe auf der Linken.)

Der christlich-nationale Abgeordnete Dubanowicz besprach Mißstände in der Verwaltung, erklärte aber, alles erfordere Zeit; auch der Regierung müsse Zeit zur Besserung gelassen werden. Freilich handle es sich hier zum Teil um Dinge, die keinen Aufschub duldeten.

Die weitere Aussprache wurde vertagt.

Eine Interpellation wegen der Beschlagnahme des „Kurjer Polski".

Die an anderer Stelle gemeldete Beschlagnahme des „Kurjer Polski" wegen eines Aufsatzes, in dem an dem Aufruf der Regierung nach der Explosion in der Warschauer Zitadelle Kritik geübt wird, bildet den Gegenstand einer Interpellation, in der die Wyzwoleniegruppe von dem Justizminister und dem Innenminister Aufklärung über diese Maßnahme verlangt

Das neue Mieterschutzgesetz.

In der Dienstagssitzung des Rechtsausschusses des Sejm wurde über den Entwurf des Mieterschutzgesetzes beraten und dabei ein Antrag angenommen, nach dem Wohnungen bis zu vier Zimmern einschl. dem freien Vertragsabschluß entzogen werden. Freie Verträge sind nur in bezug auf Wohnungen von mehr als vier Zimmern zulässig.

Einschränkung des Personenzugverkehrs aus Sparsamkeitsrücksichten.

Der Ersparungsausschuß des Eisenbahnministeriums beabsichtigt in allernächster Zeit neue Einschränkungen des Zugverkehrs aus Sparsamkeitsgründen vorzunehmen. Doch sollen diese Maßnahmen so vorsichtig getroffen werden, daß die Wirtschaft des Landes dadurch nicht gefährdet wird. Für den Anfang ist nur die Einstellung des Verkehrs einiger wenig benutzter Eilzüge beabsichtigt.

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(21. Fortsetzung.)

„Wenn wir können! Es stecken bereits Millionen in den Waren. Große Barmittel hat niemand liegen. Sie mögen warten, bis es ihre Zeit ist. Wir werden die lagernden Waren so schnell wie möglich losschlagen müssen oder wir sind gezwungen, Kredit zu fordern."

„Niemals!"

„Fräulein Bruhns, die Lage ist ernster, als sie denken. Ein Handelshaus, dem urplötzlich der Kredit genommen wird, ist vor einer schweren Krise. Wir haben gewaltige Summen für Waren vorausbezahlt, die wir noch nicht haben, und heute ist von allen Summen, die einkommen sollten, nicht eine einzige gezahlt."

„Natürlich, die Leute müssen sich erst beruhigen und wissen, daß ich Vollmacht habe. Ist das Rundschreiben an alle unsere Kunden abgeschickt?"

„Jawohl."

„Dann wollen wir also für heute aufhören; ich glaube, die Herren nebenan arbeiten schon über die Zeit."

„Sie tun es gern, und sie sind einer Sorge ledig. Sie wissen, daß dieser Stuhl hier noch nicht verwaist ist."

Johanna wurde rot.

„Ich hoffe, daß ich es lernen werde, ihn auszufüllen."

Swendholm stand auf.

„Wenn es morgen nicht anders ist, telegraphieren wir nach Argentinien um Geld."

Jetzt lächelte Johanna zum erstenmal.

„Wenn es anders geht, nicht. Was soll Vater denken, wenn er dort ankommt!"

Sie erschrak, sie hatte an diesem Tage so oft versichert, daß der Vater nur auf einer Geschäftsreise sei, daß sie es jetzt fast selbst glaubte.

Swendholm nickte.

„Recht so, heute ist er wohl schon an Southampton vorbei, und der Sturm in der Nacht wird dem guten Schiff nicht geschadet haben."

Er ging in das Hauptbureau, um den Buchhaltern, deren Federn noch emsig kritzelten, die letzten Weisungen zu geben.

Der Markhelfer meldete Johanna den Senator Wislizenus. Sie runzelte die Stirn. Sie mochte ihn nicht, diesen kleinen, beweglichen Mann, der eine verkörperte Rechenmaschine war, und dessen Sohn um sie geworben. Sie hatte unter den Papieren des Vaters einen Brief gefunden, aus dem hervorging, daß er noch in der letzten Zeit diese Werbung wiederholt hatte. Sie war dem Vater dankbar gewesen, daß er sie verschont hatte. Sie mochte diesen jungen Mann, der des Tags über eine Rechenmaschine wie der Vater und nachts Lebemann und als solcher Held unzähliger pikanter Histörchen war, nicht leiden, aber sie konnte den Senator nicht abweisen.

„Ich lasse bitten."

Helmuth Wislizenus trat ein.

„Guten Abend, Johanna. Hier im Kontor? Recht so, recht so. Armes Kind. Weiß alles, alles. Wer hätte das gedacht? Ja, der unselige Jähzorn. Aber den eigenen Bruder..."

Johanna verletzte der kalte, hastige, geschäftliche Ton.

„Ich muß bitten, Herr Senator, es ist selbstverständlich, daß die Gerüchte nicht wahr sind und —"

Wislizenus zuckte nervös die Achseln. Er liebte es, sich wie ein smarter Amerikaner zu geben und immer kurz, eilig und geschäftlich zu sein. Im übrigen nahm er sich noch das Recht heraus, als alter Geschäftsfreund des Vaters Johanna zu duzen.

„Johanna, ich denke, Du bist zweiundzwanzig und bist ein vernünftiges Mädchen. Warum spielst Du mir etwas vor?"

„Herr Senator!"

„Nicht auffahren. Immer nüchtern und sachlich. Wäre Dein Vater das gewesen, er brauchte nicht so zu enden."

Johanna stand auf.

„Ich bitte wirklich."

„Du bleibst ruhig und hörst mich an; denn ich bin vielleicht in diesem Augenblicke der einzige Mensch, der es mit Dir gut meint und Dir helfen will. Schön, Du bist zu zimperlich, um das Kind beim rechten Namen zu nennen, und möchtest der Welt und sogar mir etwas vormachen; denn daß Du jetzt noch glaubst, daß das im Keller da nur fauler Zauber ist, dazu bist Du zu klug. Gut, reden wir nicht davon. Reden wir von Dir und den Geschäften. Was machst Du hier im Kontor?"

Sie war noch immer verletzt.

„Ich vertrete meinen Vater."

„Sehr gut, verstehst Du denn was davon?"

„Ich werde mich einarbeiten."

„Bis wann, bis morgen? Herrgott ist das einfach, so ein großes Handelshaus zu leiten! Da sitzt so ein dummer Bengel von seinem vierzehnten bis dreißigsten Jahr, macht alle möglichen Lehrzeiten durch, reist in der Welt herum, läßt sich den Wind um die Nase wehen und schließlich versteht ers doch nicht. Siehst Du, mein Sohn, der Herbert, ist immer fleißig gewesen. Ich könnte nicht viele junge Männer von seinem Alter aufzählen, die so viel vom Geschäft verstehen wie er, aber glaubst Du, ich möchte jetzt ruhig sterben und ihm die Firma überlassen? Nicht in die Hand! Und dabei ist Wislizenus noch nicht so bedeutend wie Bruhns und jedenfalls nicht in so weitschweifigen Verbindungen wie Dein Vater. Aber Du? Ich glaube, bis jetzt hast Du Dich nicht um das Geschäft gekümmert."

„Nein."

„Du setzt Dich da in den großen Lehnsessel, befleckst Dir die Finger mit Tinte und leitest die Firma. Sehr gut."

„Ich habe den alten Swendholm zur Seite."

„Ein tüchtiger Buchhalter, gewiß, das Muster von Gewissenhaftigkeit. Ich wollte, ich hätte ihn. Aber der Kopf? Der Kopf war Dein Vater, und Dein Vater ist tot."

„Woher wissen Sie?"

„Weil ich genau so denke wie Du. Das sehe ich an Deinen Worten. Weil ich annehme, daß er klug genug ist, die Konsequenzen zu ziehen und nicht erst in Buenos Aires einzureisen."

(Fortsetzung folgt.)

ten der konzessionierten Privatschulen, die ihren Schulort nur durch die Bahn erreichen können, wird für diese Fahrten auf der Eisenbahn Fahrpreisermäßigung in Höhe der für die Schüler der anderen öffentlichen Anstalten üblichen Sätze gewährt.

3. Wir bitten, daß den deutschen Privatschulen nicht verwehrt werde, Schüler aus einer anderen Wojewodschaft aufzunehmen, weil es sonst vielen deutschen Schülern überhaupt unmöglich gemacht wird, eine höhere Schule zu besuchen. Ein besonders krasses Beispiel bietet die Auflösung der Schule in Filehne. Viele Schüler dieser Anstalt wandten sich nach Lissa, durften aber dort auf Anordnung des Kuratoriums Okręgu Szkolnego in Posen nicht aufgenommen werden.

4. Wir bitten, die aufgelösten Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache, in denen die Zahl der Kinder nicht mehr 40 beträgt, wieder zu eröffnen und anzuordnen, daß diese Maßnahme erst dann ergriffen wird, wenn in drei aufeinader folgenden Jahren die Schülerzahl unter dieser Grenze bleibt und keine Aussicht mehr besteht, daß die Zahl wieder steigt.

5. Für das deutsche Volksschulwesen in Galizien bitten wir: a) um Eröffnung einer ausreichenden Zahl von deutschen Volksschulen; b) um Befreiung von der Zahlung der allgemeinen Schulsteuern der Bürger deutscher Nationalität, welche zur Unterhaltung einer eigenen Privatschule gezwungen sind; c) um Zulassung der Hilfslehrkräfte mit unzureichender Qualifikation zur Tätigkeit bei den deutschen Privatschulen während der Übergangszeit, bis ausreichend qualifizierte Lehrkräfte vorhanden sind.

6. In Bromberg hat eine staatliche Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache 195 Kinder, aber nur 2 Lehrkräfte. Wir bitten, daß daran festgehalten werde, daß im allgemeinen nicht mehr als 50 Kinder auf eine Lehrkraft kommen. Es müßten somit in Bromberg an dieser Schule mindestens vier Lehrkräfte tätig sein.

7. Wir bitten ferner, daß in Gegenden, wo die staatliche Volksschule aufgelöst wird und die Hausväter den Beschluß zur Gründung einer eigenen Schule gefaßt haben, diese Gründungen auch dann nicht erschwert werden, wenn es sich um sogenannte Sammelschulen handelt, die die Kinder mehrerer Nachbargemeinden aufnehmen. Zu diesem Zwecke bitten wir: a) daß den aus dem Staatsdienst entlassenen Hilfslehrkräften, wenn gegen ihre sittliche Befähigung nichts einzuwenden ist, die Erlaubnis erteilt werde, an diesen Schulen zu unterrichten. Es sind nämlich z. B. in Znin wiederholt Lehrkräfte, die bisher anstandslos und zur vollen Zufriedenheit an einer staatlichen Volksschule unterrichtet hatten, einfach durch den Kreisschulinspektor abgelehnt worden; b) daß an Orten, wo eine evangelische Schule aufgelöst ist, der zu gründenden Privatschule das frei gewordene Gebäude überlassen werde.

Es ist zu hoffen, daß wenigstens ein Teil dieser Schulwünsche bei der Regierung ein williges Gehör finden wird und daß die Lenker der Geschicke Polens sich der Notwendigkeit nicht verschließen werden, die von den Vertretern der deutschen Minderheit erbetene Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Die Deutschen in Polen sind ja schon sehr bescheiden geworden, und sie werden jedes Eingehen auf ihre berechtigten Wünsche als einen Fortschritt anerkennen.

Die Beisetzung der Opfer der Warschauer Katastrophe.

Am Dienstag vormittag um 9 Uhr wurde vom Erzbischof Kardinal Kakowski in der Kirche des hl. Kreuzes in Warschau eine feierliche Trauermesse gelesen, und danach setzte sich der Trauerkondukt mit einem Polizeiorchester an der Spitze in Bewegung. Außer den Angehörigen der Opfer gingen in dem Zuge mit zahlreiche Geistliche, Vertreter von Vereinen und Organisationen, Vertreter der Armee, des Sejm und des Senats, des Warschauer Magistrats und der Warschauer Stadtverordnetenversammlung, der Feuerwehr, Vertreter von Arbeiterorganisationen, die Minister Głąbiński, General Szeptycki Nowodworski, Smólski, Moszczeński und eine große Menge von Leuten aus der Bevölkerung Warschaus und der Umgegend. Die Vertreter von Vereinen und Organisationen trugen vielfach florumhüllte Fahnen. Die Läden waren von 11 bis 12 Uhr geschlossen. Auch in den Fabriken stand während der Trauerhandlungen die Arbeit still. Der Anblick des langen Zuges mit den 24 Särgen machte auf die Bevölkerung einen tiefen Eindruck. Die Ordnung wurde nirgends gestört.

Die näheren Umstände der Explosion.

Wie polnischen Blättern am Ort der Explosion von militärischer Seite mitgeteilt wurde, explodierten 65 000 Kilogramm italienischen Pulvers, das sich zersetzt hatte, und 8 Tonnen Schießbaumwolle, die sich gleichfalls dort befanden. Die in den benachbarten Lagern befindliche Munition ist nicht explodiert. Diese gewaltigen Mengen von Explosivstoffen hätten unter anderen Bedingungen, d. h. wenn sie sich in komprimiertem Zustande befunden hätten, die halbe Stadt in Stücke reißen können. — Im Auftrage des militärischen Kommandanten Obersten Januszewski sind der Kommandant des Pulverhauses und sein Stellvertreter verhaftet worden.

Die Ansicht der Sachverständigen über die Ursache der Explosion.

Nach dem Urteil der militärischen Pyrotechniker und Ingenieure war die Luft in dem Laboratorium des Pulverhauses gewöhnlich mit so großen Massen leichtbrennbaren chemischen Substanzen durchsetzt, daß selbst der kleinste Funken genügte, um sofort Feuer herbeizuführen. Es besteht deshalb die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Arbeiter, der mit der vermutlich noch glimmenden Zigarette eintrat, die Luft zur Entzündung brachte, wodurch die Explosion verschuldet wurde.

Nach einer Information, die der „Kurjer Polski“ erhielt, unterbreitete ein Offizier der französischen Mission in Polen, Major Olivain, noch am 19. August d. Js. dem Artillerie-Departement des Kriegsministeriums einen Bericht, worin gewarnt wurde, daß, wenn in der Aufbewahrung der Explosivstoffe nicht eine gründliche Änderung eintrete, Polen in den nächsten Monaten der Schauplatz von Katastrophen werden könnte.

Der Stadtkommandant von Warschau, General Suszyński erklärte einem Ausfrager des „Kurj. Por.“, daß wenn möglich künftig die Pulvermagazine nach Orten verbracht werden würden, die von Bevölkerungsmittelpunkten weit entfernt sind. Wie das genannte Blatt weiter erfährt, ist diese Frage durch die Militärbehörden schon früher berührt worden, man hätte aber dafür keine Kredite gehabt. Eine kostspielige Ersparnis, wie das Blatt schreibt.

Beileidsbezeugungen

gingen dem Außenministerium zu von sämtlichen in Warschau vorhandenen Vertretern ausländischer Regierungen. Der päpstliche Nuntius überreichte dem Außenminister ein Telegramm des Kardinals Gaspari, in dem dieser der polnischen Regierung das tiefe Mitgefühl des Papstes übermittelt.

Beschlagnahme einer polnischen Zeitung.

Die Dienstagsausgabe des „Kurjer Polski“ wurde beschlagnahmt wegen eines Leitaufsatzes, der eine abfällige Kritik des Regierungsaufrufs nach der Warschauer Katastrophe enthielt.

Blutige Teuerungsunruhen in Berlin.

Nach den heute, am 17. Oktober, aus Berlin einlaufenden Meldungen kam es gestern, am Dienstag, dem 16. Oktober, zu ganz erheblichen Unruhen in der Reichshauptstadt.

Am Dienstag vormittag sammelten sich Arbeitslose in den Vororten und zogen nach dem Rathaus. Es gelang der Polizei nicht, den Marsch nach dem Stadtzentrum zu verhindern. Der Straßenverkehr wurde durch die Menschenmassen in der Königsstraße und der Spandauer Straße verhindert. In der Roßstraße kam es zu einem ernsten Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Demonstranten. Wegen ihrer geringen Zahl geriet die Polizei in Bedrängnis und feuerte zuerst eine blinde Salve ab. Als dies nichts nützte, feuerte sie in die Volksmenge. Eine größere Anzahl von Personen wurde getötet und verwundet. An den Unruhen sollen nicht nur kommunistische, sondern auch nationalistische und antisemitische Elemente teilgenommen haben. Vor dem Rathaus sang die Menge revolutionäre Lieder. Um 1 Uhr nachmittags wälzten sich die Menschenmassen nach der Börse und bemühten sich, das Gebäude zu demolieren. Dabei wurden eine Anzahl von Börsenbesuchern geschlagen. Von der Polizei auseinandergetrieben, begaben sich die Demonstranten in die Anlagen vor dem Kaiserlichen Schloß, wo wiederum heftige Demonstrationen veranstaltet wurden.

Maßnahmen gegen die Kommunisten in Deutschland.

Der von den Kommunisten zum 14. Oktober angekündigte Betriebsrätekongreß in Hannover war verboten worden. Man versuchte nun am Montag in Hildesheim und Alfeld, einen Ersatz für die verbotene hannöversche Tagung zu schaffen. Aber kaum hatte der Ersatz-Kongreß begonnen, als die Polizei auf der Bildfläche erschien, um die Versammlung aufzulösen. In Hildesheim wurden 72, in Alfeld 30 Kommunisten verhaftet, darunter bekannte Führer aus Hannover. Zahlreiches politisches Material wurde beschlagnahmt, u. a. Mobilmachungspläne. Ein Teil der anwesenden Kommunisten konnte durch die Fenster flüchten. Bei vorgenommenen Haussuchungen sind weitere Kommunisten verhaftet worden. Verhaftet und nach Hannover gebracht wurden außerdem Kommunistenführer aus Peine.

Aus Königsberg wird gemeldet: Der Militärbefehlshaber im Wehrkreis I hat bis auf weiteres alle kommunistischen Versammlungen verboten. Um dieses Verbot durchführen zu können, ist es erforderlich, daß alle Versammlungen zu politischen Zwecken 48 Stunden vor Beginn der zuständigen Ortsbehörde angemeldet werden.

Neuer Schritt Stresemanns in Paris.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat von der Reichsregierung den Auftrag erhalten, dem Ministerpräsidenten Poincaré **eine neue Mitteilung der deutschen Regierung zu überbringen.** Über den Inhalt konnten die Pariser Korrespondenten bisher noch nichts erfahren, da vor dem Stattfinden der Unterredung keine Mitteilungen gemacht wurden. Da der Dienstag zugleich durch die Empfangsfeierlichkeiten des tschechoslowakischen Präsidenten Masaryk ausgefüllt war, so konnte die Begegnung erst Mittwoch stattfinden. Wahrscheinlich handelt es sich um ein neues Moratoriumsgesuch Deutschlands, mit dem sich die Reparationskommission zu beschäftigen haben wird. Übrigens soll in der Reparationskommission die belgische Studie über die Reparationsfrage durch den belgischen Delegierten Delacroix vorgelegt werden, wofür auch der englische Vertreter Sir Bradbury eingetreten ist. Die praktische Bedeutung dieser Beratung ist jedoch nicht groß, da schließlich doch geschehen wird, was Poincaré will.

Präsident Masaryk in Paris.

Am Dienstag traf der Präsident der tschechoslowakischen Republick, Masaryk, in Paris ein. Der Präsident wurde als Gast der Republik am Bahnhof Bois de Boulogne von dem Präsidenten Millerand und den Vorsitzenden des Senats und der Kammer empfangen und wohnte im Ministerium des Äußern. Nach dem Frühstück folgte die übliche Fahrt zum Grabe des unbekannten Soldaten unter dem Triumphbogen. Am Abend empfing Masaryk die Leiter der in Paris beglaubigten diplomatischen Vertreter, darunter auch den deutschen Geschäftsträger. Die Zeitungen begrüßten den Präsidenten Masaryk als einen alten Freund Frankreichs, der in seinem Minister Benesch „einen der klügsten und erfolgreichsten Diplomaten Europas“ an der Seite habe.

Der „Matin“ schreibt bei dieser Gelegenheit: **„Die Tschechoslowakei ist gleich dem benachbarten Polen unser treuer Bundesgenosse. Ein Franzose, der General Mittelhauser, kommandiert die tschechische Armee.** Es ist leicht zu ermessen, was die Unterstützung dieser Nation für uns bedeutet, wenn der Wahnsinn Deutschlands neue Konflikte entstehen läßt.“ (!)

Millerand als Sonntagsredner.

Während mehrere Wochen lang Poincaré der Sonntagsredner war, ist jetzt ganz überraschend Präsident Millerand an seine Stelle getreten, indem er für die Politik des „bloc national“ im Hinblick auf die Wahlen des nächsten Jahres Stimmung machte. Manche sehen in dieser Rede einen Streich, den der Staatspräsident Poincaré spielen wollte.

Millerand sprach in Evreux im Departement Eure auf einem ihm zu Ehren veranstalteten Festmahl. Er erinnerte an die seit dem Kriege in Europa vollzogene Änderung: an Rußland und an Österreich, die infolge des Krieges zusammengebrochen seien, und in Verbindung damit an die neugeschaffenen kleinen Staaten. Diese Staaten hätten das Recht, sich zu stabilisieren. Das dringendste Bedürfnis sei überdies ihre äußere Sicherheit. Sie wüßten, daß Frankreich sich die Achtung vor den Verträgen (!) zum Gesetz gemacht habe und nicht dulden werde, daß die durch den Sieg geschaffene Ordnung gestört werde. Frankreich genieße ein Prestige, das es noch mehr seiner moralischen Autorität (?) als seiner weltlichen Macht verdanke. Millerand erwähnte weiter die Wiederanknüpfung der Beziehungen zum Heiligen Stuhl, sie habe eine Entspannung geschaffen.

Was das Budget betreffe, so müßten die öffentlichen Ausgaben durch genügende Einnahmen gesichert werden, um den Kredit Frankreichs zu erhalten. Die politischen und konfessionellen Streitigkeiten müßten verschwinden, damit die Einheit unter allen Franzosen konsolidiert werden könne. Die Lasten des Friedens müßten getragen werden. **Im Jahre 1913 habe jeder Franzose 460 Franken Steuern bezahlt. 1922 habe die Last pro Kopf 2473 Franken betragen.** An eine Verminderung der Steuerlasten sei vorerst nicht zu denken, jedoch müsse eine Verminderung der Ausgaben herbeigeführt werden. Millerand besprach alsdann die Bedeutung der Landwirtschaft für Frankreich und die Bedeutung seiner kolonisatorischen Tätigkeit. Eine Geburtenpolitik sei unerläßlich; sie habe einen fast tragischen Charakter, sie sei ernst und dringlich. Auch dem Unterrichtswesen müsse besondere Beachtung geschenkt werden. Die politische Freiheit sei aufrechtzuerhalten. Unter einem parlamentarischen Regime sei es selbstverständlich, daß das Parlament die Oberhand habe, denn der Respekt vor der Souveränität des Volkes sei das höchste Gesetz. Wenn durch Beharrlichkeit und Festigkeit die so entschlossen geführte auswärtige Politik ihre Früchte gezeitigt habe, könne man daran denken, die **Verfassung umzugestalten,** damit sie dem allgemein empfundenen Bedürfnis entspreche, der Regierung mehr Stabilität und den wirtschaftlichen Interessen mehr Garantien zu gewähren. Man werde aus ihr ein geschmeidigeres und sichereres Instrument einer republikanischen, nationalen und ausschließlich der Wohlfahrt und Größe des Vaterlandes gewidmeten Politik machen.

Die Ruhroperation habe gezeigt, daß man die Militärdienstzeit nicht unter 18 Monate herabsetzen könne. Die Stunde werde aber kommen, wo der Aufenthalt in der Kaserne ohne Gefahr verringert werden könne. Frankreich sei der Aufrechterhaltung des Friedens mit aller Aufrichtigkeit ergeben. (!) Die sicherste Friedensgarantie sei die Ordnung, wie sie aus dem Kriege hervorgegangen sei. Sie müsse so stark verankert sein, daß niemand den Versuch machen könnte, sie zu erschüttern. Millerand erklärte dann, daß das Schauspiel in Rußland der Welt eine entscheidende Lehre, gewissermaßen eine Apologie, gegeben habe zugunsten des Privatbesitzes. Die Diktatur einer Klasse oder besser gesagt, einer Hand voll Menschen aufrichten, die sich das Privileg zuerkennen, im Namen der Klasse zu sprechen, bedeute keinen Aufstieg, sondern Rückkehr in die Tiefe.

Deutsches Reich.

Einrichtung einer Zwischenwährung.

Amtlich wird von deutscher Regierungsstelle mitgeteilt:

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung die Errichtung einer deutschen Rentenbank beschlossen. Die **Papiermark** bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel. Neben der Papiermark ist in der von der deutschen Rentenbank auszugebenden **Rentenmark** ein wertbeständiges Umlaufmittel geschaffen, das von allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden wird. Die **Rentenmark** ist gesichert durch auf Goldmark lautende erststellige **Grundschulden** auf den gesamten deutschen Grundbesitz und erstrangige **Goldobligationen der Industrie, des Handels und der Banken.** Sie ist jederzeit einlösbar gegen verzinsliche Goldrentenbriefe. Es darf mit Zuversicht erwartet werden, daß dieses neue Zahlungsmittel, das nach seiner Eigenart das Höchstmaß an Sicherheit bietet, im Verkehr mit uneingeschränktem Vertrauen aufgenommen wird.

Die **deutsche Rentenbank** wird von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes, des Handels und der Banken errichtet werden. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind aus führenden Kreisen der gesamten deutschen Wirtschaft bereits gewählt. Der Auftrag zur Anfertigung der Rentenbankscheine, die die **Unterschrift** dieser Persönlichkeiten tragen werden, ist erteilt worden. Die deutsche Rentenbank wird dem Reiche Zahlungsmittel im Betrage von 1,2 Milliarden Rentenmark zur Verfügung stellen. Gleichzeitig mit der Ausgabe der Rentenmark wird die Reichsbank die Diskontierung von Schatzanweisungen des Reiches einstellen. Dadurch wird die Inflationsquelle der Papiermark geschlossen und für die Reichsbank die Bahn zur Wiedergewinnung ihrer Eigenschaft als einer wahren Goldnotenbank freigemacht. **Die Rentenmark wird in einigen Wochen im Verkehr erscheinen.**

Um baldmöglichst viel wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr zu bringen, hat die Reichsregierung außerdem die **Ausgabe von kleinen Stücken der Goldanleihe** (1, 2 und 5 Dollars) bis zum Betrage von 200 Millionen Goldmark beschlossen. Damit nicht auf die Dauer zu viel verschiedenartige Zahlungsmittel im Verkehr bleiben, ist das Reich bereit, im Laufe des Januar des nächsten Jahres die kleinen Goldanleihescheine auf Wunsch in Rentenmark umzutauschen. Wer die Goldanleihe als Anlagepapier behalten will, wird hieran selbstverständlich nicht gehindert werden.

Diese von der Reichsregierung beschlossenen Maßnahmen sind eine Zwischenstufe zur endgültigen Lösung der Währungsfrage, die nur in der Rückkehr zur Goldwährung bestehen kann. Voraussetzung jeder endgültigen Regelung unserer Verhältnisse ist neben der Klärung der außenpolitischen Lage die **Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Ordnung im Innern.** Dafür sollen das Ermächtigungsgesetz und das Arbeitszeitgesetz den Grund legen. Auf dem Boden des Ermächtigungsgesetzes ist bereits die **Umstellung der Steuern auf Goldberechnung** erfolgt, die **Demobilmachungsverordnung** zwecks Befreiung der deutschen Wirtschaftskraft von Hemmungen **geändert** und die Grundzüge für durchgreifende **Einschränkung der Ausgaben** geschaffen. Auf dieser Bahn wird die Reichsregierung fortschreiten.

Der Reichspräsident verzichtet auf die Hälfte seiner Aufwandsgelder.

Der Reichspräsident hat in einer Zuschrift an den Reichskanzler mitgeteilt, daß er im Hinblick auf die Finanzlage des Reiches und den Ernst der Zeitverhältnisse künftig bis auf weiteres auf die Hälfte der ihm nach dem Reichshaushaltsplan zustehenden Aufwandsgelder Verzicht leiste.

** **Immer neues Steigen der Lebensmittelpreise.** Seit Sonnabend ist das Preisniveau in Berlin trotz Stillstandes oder Rückganges des Dollarkurses äußerst schnell gestiegen. Die Preise für Lebensmittel wurden wieder um 30 bis 50 Prozent heraufgesetzt. Für ein Pfund Schmalz wurden am Montag bereits 1,5 Milliarden gefordert, Butter war für 2,5 Milliarden nicht mehr zu haben. Die besten Fleischsorten kommen an den billigsten Stellen 800 Millionen das Pfund, Hammelfleisch ca. 650 Millionen. Räucherfische haben einen gewaltigen Preissprung getan. Bücklinge kosten 550 bis 600 Millionen, Aal mittelgroß 1½ Milliarden. Am stärksten werden frische Fische gekauft, die noch auf einem erträglichen Niveau stehen: Heringe 120, Seelachs 100 bis 150, Rotzunge 130. Grüne Heringe waren reichlich vorhanden. Auch Gemüse ist erheblich gestiegen. Eier werden nicht mehr angeboten. Der geringste genannte Preis betrug 80 Millionen.

** **Verschiedene Teuerungsunruhen.** In **Berlin** kam es in diesen Tagen mehrfach zu kleineren Ansammlungen von Erwerbslosen und zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei. Es wurden einige Bäckerläden geplündert. In Schöneberg versuchten 4000 bis 5000 Arbeitslose ins Rathaus einzudringen, wurden jedoch von der Schutzpolizei mit aufgepflanztem Seitengewehr vertrieben.

In **Leipzig** kam es am Montag zu Demonstrationen vor der Markthalle. Die Polizei wurde mit Sand und Steinen beworfen. Es bildeten sich wilde Kommissionen, die mit den Geschäftsinhabern um Herausgabe von Lebensmitteln unterhandelten. Bäckerläden wurden geplündert. Die Menge versuchte im Brühl, dem Mittelpunkt des Leipziger Rauchwarenhandels, die Pelzläden zu plündern. Doch gelang dies nicht, da die Besitzer sofort die eisernen Rolläden herunterließen. Vor dem Gebäude der Allgemeinen Kreditanstalt wurde eine Droschke von den Volksmassen umgeworfen. Mehrere Lebensmittelgeschäfte und ein Brotwagen wurden geplündert.

In **Halberstadt** kam es zu Ansammlungen Erwerbsloser. Sonnabend abends ½11 Uhr wurde auf das Gebäude der Polizeiwache eine Bombe geworfen, die jedoch nur Sachschaden anrichtete. Auch am Montag versammelten sich größere Menschenmassen vor dem Rathaus.

In **Frankfurt a. M.** kam es am Montag mittag zu Ansammlungen in der Gegend des Bankenviertels. Die Produktenbörse wurde von ihren Besuchern geräumt.

In **Mannheim** drangen Demonstranten in den Hof des Rathauses ein, doch war das Rathaus verschlossen. Der Straßenbahnverkehr wurde von der Menge stillgelegt. Mehrere Polizisten und Demonstranten wurden am Montag verwundet, 20 Personen wegen Plünderns verhaftet.

In **Ortelsburg** (Ostpreußen) entstanden am Sonnabend gleichfalls Unruhen. Eine Anzahl von Läden wurde geplündert. Die Polizei stellte ohne Waffengewalt die Ruhe wieder her.

Gestern verschied nach langem, schwerem mit Geduld ertragenem Leiden mein heißgeliebter, unvergeßlicher, teurer Sohn, unser guter Bruder,

Siegbert Loschinski

im blühenden Alter von 16 Jahren.

Dies zeigen im tiefsten Schmerze an

Frau Johanna Loschinski
nebst Kindern.

Pudewitz, den 16. Oktober 1923.

Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 4 Uhr v. der Leichenhalle d. jüd. Friedhofs in Posen aus statt.

Am 16. Oktober 1923, mittags 12.10 Uhr, entschlief nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege,

Herr Siegbert Loschinski

Er war uns stets ein treuer Freund und guter Berater und wir werden ihm ein ewiges Andenken bewahren.

Das Personal der Firma

Bcia S. i J. Leder, Poznań, Wrónlecka 24.

Die Beerdigung findet am 18. Oktober 1923, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Israel. Friedhofes, ul. Glogowska, aus statt.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch, den 17. 10.,: **„Die Fledermaus"**, Komische Oper von Strauß.
Donnerstag, den 18. 10.,: **„Troubadour"**, Oper von Verdi.
Freitag, den 19. 10.,: **„Carmen"**, Oper von Bizet.
Sonnabend, den 20. 10.: **„Madame Butterfly"**, Oper von Puccini.
Sonntag, den 21. 10.: nachm. **Ballett-Vorstellung**, abends **„Die Glocken von Corneville"**, Komische Oper von Planquette.

Wenig gebr. Heißluft-Motor,

$1/_8$ PS., sowie **tragbarer Badestuhl** zu **verkaufen**. Anfragen unter **9566** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Am 16. Oktober 1923, mittags 12.10 Uhr verstarb nach langem, schwerem Leiden

Herr

Siegbert Loschinski

Der Verstorbene war uns ein treuer und fleißiger Mitarbeiter, dessen allzufrühes Hinscheiden wir aufrichtig bedauern.

Wir werden seiner stets mit Wärme gedenken.

Der Mutter und den Geschwistern des Verstorbenen sprechen wir zu dem schweren Verlust, der sie betroffen, **unser aufrichtiges Beileid aus.**

Centrala zakupu bławatów
„WYGODA"
Bcia S. i J. Leder, Poznań.

Bekanntmachung.

Die Wielkopolska Jzba Rolnicza veranstaltet am

Mittwoch, d. 28. November 1923 in Poznań

die

IX. Ausstellung u. Versteigerung

von Zuchthengsten u. Stuten sowie Reit- u. Wagenpferden.

Die näheren Auktionsbedingungen sind im Zentralwochenblatt bekanntgegeben.

Wielkopolska Jzba Rolnicza.

Meine **„Briefmarken-Zentrale"** habe ich von Św. Marcin 60 nach meiner Wohnung

ul. Grottgera 13
part. rechts

Querstr. der ul. Matejki, verlegt. Größte Auswahl in Briefmarken, Alben und Bedarfsartikeln.

Hochachtungsvoll

Heinz Tyrocke.

„TRUD"

Spółdz. Siodlarzy i Rymarzy,
Poznań, Wały Jagielly 3
(Karmeliterwall).

empfiehlt zu billigen Preisen **Kutschgeschirre und Arbeitsgeschirr** sowie alle Arten **Reiseartikel.**

Wirtschaftsinspektor, Mitte 30er, gebildet, v. angenehm. Charakter. poln. Staatsb., in angenehmer Stell., wünscht Bekanntschaft m. kath. Dame

zw. bald. Heirat.

Einheir. in Gut angenehm. Gefl. Ang. m. Bild. u. **9570** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Ein Ztr. Bienenhonig la gegen **Zucker zu tauschen gesucht.** Angeb. unt **L. 9560** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Kupuję:		**Kaufe:**
zboża, ziemniaki jadalne i fabryczne,		Getreide, Eß- und Fabrikkartoffeln,
drzewo opałowe, budowlane		Brenn- u. Bauholz
i całe obszary leśne.		und ganze Waldflächen.
Polecam:		Empfehle:
ospę kaliską, drzewo opałowe, węgle górnośląskie, grube i drobne		Kalischer Kleie, Brennholz, oberschl. Stück- u. Kleinkohle
gatunki wprost z kopalni lub z mego składu.		direkt aus den Gruben oder von meinem Lager.
Wymieniam węgle na żyto lub drzewo.		Ich tausche aus Kohle gegen Getreide oder Holz.
Jan Górski, Skoki,		**Jan Górski, Skoki** (Schokken).
Handel ziemiopłodami, drzewa i węgla. Telefon 6.		Erdprodukten-, Holz- u. Kohlenhandlung. Telephon 6.

Wohnungen

2 Zimmer,

unmöbliert
oder möbliert,

sucht kinderloses Ehepaar gegen gute Miete. Gefl. Angeb. u. **9574** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Jg. Mann sucht möglichst Nähe Tiergartenstr. **möbl. Zimmer** zu mieten. Gefl. Angeb. m. Preis u. **N. 9569** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Student sucht **möbliertes Zimmer** zw. Markt in Wilda und Petriplatz. Offerten u. **9561** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

---

50 Zentner Kohlen demjenigen, der jungem Ehepaar eine **Wohnung** verschafft oder **1 bis 2 leere Zimmer** abgibt. Gefl. Off. u. **K. 9565** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Die **Landwirtschaftl. Winterkurse** des **Landwirtschaftl. Vereins Kujawien** in

Inowrocław

beginnen **Anfang November.** Näheres durch die **Geschäftsstelle Inowrocław,** **ul. św. Ducha 96 I.**

Achtung! Die **neuesten Modelle für Damenhüte** besitzt nur d.

Hutfabrik H. Nejsser, Skarbowa 17, part.

Nach diesen Modellen werden Damen-, Herren- u. Kinderhüte fachmännisch schnell umgepreßt u. gefärbt.

Offeriere **moderne Linonformen,** sowie **sämtliche Saisonneuheiten.**

Dampfpflug „Kemna"

fast neu, fertig zum Pflügen,

zu verkaufen

unter günstigen Zahlungsbedingungen.

Centrala Pługów Parowych T. z o. p.
Maschinenfabrik
Poznań Z. 3, Tel.-Adr.: „Centropług".

Confiserie Walerja Patyk

Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6 (neben der Post)
Gegr. 1901. Telephon 3833. Schließfach 330.

Erstkl. Konfitürengeschäft am Platze

empfiehlt täglich frische Waren in **großer Auswahl.**

Ständige Ausstellung künstlerisch ausgeführter Bonbonnieren.

Sofort lieferbar:

Deutsche Jägerzeitung
Heft 1 u. folgende 1923.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Abt.: **Versandbuchhandl., Poznan,**
Zwierzyniecka 6.

---

1 gr. Spiegel

mit Konsole,

2 Nachttische

mit Marmorplatte, gut erhalten zu verkaufen. — Off. u. **9577** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gut möbliertes Zimmer

ohne, evtl. mit teilweiser Verpflegung von sofort zu mieten gesucht. Angebote unt. **L. 50** an **Rudolf Mosse, Poznań,** Wroniecka 12 erbeten.



Suchen

30 junge Ochsen

oder

anspannfähige Stiere,

auch in kleineren Posten, gegen Barzahlung zu kaufen.

Eilangebote erbittet

Dom. Strzeszyn, p. Złotniki,
powiat Poznań-Zachód.

Achtung!

Wir bieten hiermit, fast wie neu, zum Kauf an:

- **Federer, Das Mätteliseppi.**
- **Francois, Frau Erdmuthens Zwillingssöhne.**
- **Endres, Die Türkei.**
- **Huch, Der Fall Deruga.**
- **Jugend und Heimat.**
- **Raabe, Die Leute aus dem Walde.**
- **Meisternovellen unserer Erzähler.**
- **Meyrink, Das grüne Gesicht.**
- **Ernst, Vom geruhigen Leben.**

Angeboten sehen wir entgegen.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Verkaufe guten

Expander u. dergl.

nur an Sportsmann.

Offerten bitte zu richten unter **9571** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zu verkaufen: (9572

1 Kinderklappstühlchen.
Mickiewicza 9 III links.

Echte Wolfshündin

$1\frac{1}{2}$ J. alt. zu verkaufen. Ang. unt. **W. S. 9568** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Kaufe engros zu Tagespreisen

alle Metalle,

wie Kupfer, Rotguß, Messing Zink, Blei, alte **Akkumulatoren** u. **Akkumulatorenschlamm.** Off. an **A. Skóra, Poznań, Piekary 20/21** bei **Wagner.** (9495

Weihnachtsgeschenk!

Große u. kleine gestrickte Decken, wundervolle Muster, preiswert abzugeb. Weiter werden feinste Wäsche u. Oberhemden genäht u. ausgebessert, Glanzwäsche geplättet. Bestellung auf Damen- u. Kindermäntel n. Maß werd. angenomm. Eine $^{3}/_{4}$ Geige zu verkaufen. Off. unt. **M. M. 9548** a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Wieder vorrätig:

Popliński - Dr. Loewenthal
Polnisches

Elementarbuch

geb. jetzt **180 000 Mk.**
nach auswärts unter Einschreiben bei vorheriger Einsendung des Betrages
191000 Mark
unter Nachn. **191000 M.**
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Poznań,
Zwierzyniecka 6.



Hersteller: Urbin-Werke, G.m.b.H. Danzig, am Troyl.
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Lampenschirme und Teepuppen

werden angefertigt bei

Lewinsohn b. Ulrich, Poznań, ul. Dąbrowskiego 36 I. r.

Die zunehmende Teuerung.

Die neuen Kohlenpreise.

Die seit dem 1. Oktober in Polen geltenden Kohlenpreise sind: Oberschlesische Würfelkohle I und II — 2 552 000 Mark Nußkohle I — 2 452 000 Mark, Nußkohle II — 2 100 000—2 262 000 Mark. Dąbrowa-Würfelkohle I — 1 500 000 Mark. II — 1 450 000 Mark, Dąbrowa-Nußkohle I — 1 380 000 Mark Dąbrowa-Nußkohle II — 1 285 000 M.. Dąbrowa-Nußkohle III — 980 000 M.

Die polnische Buchhändlerschlüsselzahl

beträgt seit dem 15. Oktober 70 000 Mark.

In den Warschauer Gasthäusern

wurde am 16. Oktober der Preis des „Normal-Mittagessens“ auf 60 000 M. erhöht. Ein Zusatzgericht kostet 35 000 M.

Die Versorgung der Städte.

Der Innenminister empfing Vertreter des Städteverbandes und Vertreter der Gesellschaft der Versorgung der Städte. die ihm über die schwierige Lage der städtischen Bevölkerung berichteten und um Maßnahmen baten zur Sicherstellung der für die Ernährung der Städte nötigen Menge Mehl. Der Minister versprach Ergreifung aller ihm zu Gebote stehenden Maßnahmen. Zu der Frage der Gewährung von Krediten für die Städte erklärte der Minister, er sei in dieser Frage nicht zuständig, — zuständig sei vielmehr der Finanzminister, doch würde auch diese Frage in einem für die Städte günstigen Sinne entschieden werden.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 17. Oktober.

Etwas von der Not der Zeit.

In ein Lebensmittelgeschäft eines ehemaligen Vororts tritt dieser Tage schüchtern eine zwar ärmlich, aber sauber gekleidete deutsche Frau, in deren abgehärmten Zügen die Not der Zeit sich widerspiegelt. Sie möchte wohl Kartoffeln kaufen, äußerte sie, aber sie möchte nicht so kleine, und aussuchen dürfe sie sich die Kartoffeln ja nicht; deshalb wolle sie nur wieder gehen. Eine andere deutsche Frau, die soeben in dem polnischen Keller ebenfalls Kartoffeln gekauft hat und gut bedient worden ist, erklärt ihr, die Händlerin werde ihr schon gestatten, sich die größten Kartoffeln auszusuchen, und als diese mit aufmunternden Worten das gestattet, da geht ihr das Herz und der Mund auf. Es sei doch alles zu teuer, und das Geld werde immer knapper. Eben habe sie ihre letzten 36 000 M. für ein Stückchen Seife ausgegeben. Sie habe lange gezögert, ob sie dafür ein Brot oder Seife kaufen solle. Schließlich habe sie sich für den Seifenkauf entschieden, da man doch, um kein Ungeziefer zu bekommen, Wäsche und Körper sauber halten müsse. Für das Brot werde der liebe Gott auch sorgen.

Das ist eine kleine Episode aus der Gegenwart, nicht etwa freier Phantasie entsprungen, sondern der Wirklichkeit abgelauscht. Hat sie Dir, freundliche Leserin, lieber Leser, die Ihr unter der Not der Zeit nicht so leidet, weil Euer Einkommen den Zeitverhältnissen wenigstens einigermaßen entspricht, nichts zu sagen?

Ernte- und Saatenstandsbericht.

Die verflossene Woche brachte allen, die noch etwas zu ernten hatten, wenig Freude, denn das Wetter war wenig geeignet, Erntearbeiten zu fördern. Von Lupinen, Samenklee, Grummet, die des Einbringens harrten, ist im Laufe der Woche kaum etwas hereingekommen und wird schon gelitten haben. Ebenso wenig konnte in der Kartoffelernte geleistet werden, denn das Wetter machte oft den Leuten die Arbeit unmöglich, und besonders mit den Kartoffelerntemaschinen konnte nicht gearbeitet werden. Daher konnte man am Sonntag noch vielfach Flächen sehen, auf denen die Kartoffeln noch in der Erde waren. Eine ganze Zahl von Gütern und auch ein Teil der Kleinbesitzer wird noch die ganze neue Woche mit den Kartoffeln zu tun haben, einige werden vielleicht damit noch nicht einmal fertig werden. Übrigens scheint der Durchschnittsertrag noch etwas höher zu sein, als kürzlich hier angegeben, jedenfalls wird verschiedentlich eine Durchschnittsernte von über 100 Ztr. angegeben. Futterrüben, sowie auch Wruken sind vielfach schon geerntet, bzw. ist man zurzeit damit beschäftigt, diese Früchte zu ernten. Auch die Zuckerrübenernte beginnt. Der Entwicklung der Wintersaaten, Gründüngung usw. war das Wetter günstig. S.

Der Mord bei Obersitzko noch nicht aufgeklärt.

Die Persönlichkeit der Sonntag mittag im Walde zwischen Obersitzko und Forst Bugaj ermordet aufgefundenen 23-jährigen jungen Dame hat sich bis heut noch nicht feststellen lassen. Deshalb ergeht an alle Personen, die eine weibliche Verwandte oder einen weiblichen Dienstboten vermissen, die dringende Bitte, das im Zimmer 3 bzw. 7 der Kriminalpolizei ausliegende Lichtbild der Ermordeten zu besichtigen und so zur Feststellung der Ermordeten beizutragen. Ebenso kann ein Bild bei der Polizei in Obersitzko bzw. in Wronke besichtigt werden.

Von dem Mörder kann jetzt auf Grund der angestellten Ermittelungen folgende genauere Beschreibung gegeben werden:

Er ist etwa 28 Jahre alt, hat ein sommersprossiges Gesicht, blonden Schnurrbart mit nach oben gerichteten Spitzen. Er war bekleidet mit einem weichen, weißen Kragen, weiß-grauem Hut, gelb-braunem Jackett, wie aus Militärstoff gefertigt, mit abgerundeten Ecken, schwarzen Lederstulpen und schwarzen Schnürstiefeln, grauem Schal mit Fransen. Außerdem trug er einen schwarzen Spazierstock und zwei kleine Schuhkartons.

Alle Personen, die in der Lage sind, Angaben über den Aufenthalt des vorstehend beschriebenen Mörders zu machen, werden gebeten, dies schleunigst bei der Kriminalpolizei oder bei irgend einer sonstigen Polizeistelle zu tun.

Aufklärung von Schloßeinbrüchen.

Bekanntlich wurden in den letzten Wochen in zahlreichen Fällen im Bezirk des ehemaligen Posener Regierungsbezirks ganz ungewöhnlich verwegene Einbrüche in Schlösser auf Rittergütern usw. verübt, ohne daß es bisher gelingen wollte, der frechen Täter habhaft zu werden. Nunmehr ist es jedoch der unermüdlichen Tätigkeit der Posener Kriminalpolizei gelungen, zwei schwere Jungen zu ermitteln und hinter Schloß und Riegel zu bringen, auf deren Konto jedenfalls ein Teil der von uns jedesmal gemeldeten Einbrüche, besonders der Milliardendiebstahl bei der Frau Rittergutsbesitzer Schoepke in Kroschnitz bei Bentschen entfällt. Ein Teil der im letzteren Falle gestohlenen Sachen ist den Einbrechern bzw. ihren Hehlern abgenommen worden. Der eine Einbrecher ist der aus Kongreßpolen stammende 24jährige „Arbeiter“ Zygmunt Kinowski. Er hat u. a. auch einen Fahrraddiebstahl auf dem Gute Sakschew im Kreise Jarotschin verübt. Sein Helfershelfer war der aus der Gegend von Włocławek stammende 31jährige Gustav Milbrand, der noch vorgestern einen Einbruch auf dem Gute Bielawy im Kreise Lissa versucht, einen anderen in Garzyn in demselben Kreise ausgeführt hat. Als Hehler diente ihnen ein Friseur Gorzelański, der ihnen die Waren abgenommen und sie in Geld umgesetzt hat. Dieser ist der Polizei von seiner früheren Tätigkeit her als Verüber zahlreicher Diebstähle, die er mit besonderer Verschlagenheit begangen hat, bekannt.

⚔ **Die Schonzeit für Biber** ist im Bezirk der Wojewodschaft Posen auf das ganze Jahr 1923 ausgedehnt worden.

Beschleunigung bei Erteilung von Auslandspässen. Die „Gaz. Warsz.“ teilt mit, daß die polnische Regierung Anweisungen getroffen habe, durch die eine erhebliche Verkürzung der Formalitäten herbeigeführt wird, die bisher zur Erlangung eines Auslandspasses unerläßlich waren. In Zukunft soll vom Tage der Einreichung des betreffenden Gesuches an nur eine Frist von drei Tagen bis zur Aushändigung des Passes verstreichen.

Erhöhung der Schaumweinsteuer. Laut Verordnung des Praw. Minist. vom 2. 10. 22 ist die Schaumweinsteuer vom 15. d. Mts. erhöht, und zwar eine ganze Flasche aus Weintrauben von 40 auf 100 000 Mk. und Obstschaumweine von 20 auf 50 000 Mk. Alle, die im Besitze von mehr als 2 ganzen Flaschen sind, sind verpflichtet, den ganzen Bestand binnen 3 Tagen bis zum 18. d. Mts. bei der zuständigen Kontrolla Skarbowa anzumelden.

Die neuen Tabakfabrikatpreise. Gegenwärtig gelten folgende Preise für Tabakerzeugnisse: Zigarren von 9—36 000 Mk., Zigaretten von 1500—4600 Mk. das Stück, Zigarettentabak von 1 520 000 bis 5 000 000 Mk. das Kilo, Pfeifentabak von 720 000—960 000 Mk. das Kilo.

Die Spiritus-Steuer ist ab 15. d. Mts. auf 100 000 M. für das Liter erhöht worden. Sie betrug bisher 60 000 Mk.

Verteuerung der Filmzensur. Dem Zuge der Zeit folgend, ist sogar die Gebühr für die Zensur, die die Kinos zu entrichten haben, teurer geworden. Die zuständige amtliche Stelle in Warschau hat nämlich verfügt, daß in Zukunft für die Bemühungen der Zensur für jedes Meter eines wissenschaftlichen oder pädagogischen Films 40 Mk. zu zahlen sind, alle sonstigen Filmtragödien und Dramen kommen aber nicht so billig weg. Für jedes Meter sind nicht weniger als 500 Mk. Zensurgebühr zu entrichten. Die Ausstellung einer Filmlegitimation kostet 50 000 Mk. Der „Przegl. Wiecz.“ spricht die Befürchtung aus, daß diese Tariferhöhung den Anlaß zu einer neuen Erhöhung der Eintrittspreise in den Kinos abgeben könnte.

⚔ **Der Personen- und Gütertarif der Kleinbahn Krotoschin—Pleschen** ist um 50 v. H. erhöht worden.

Auch das Brummen wird teurer. Das Justizministerium hat dem „Przegl. Wiecz. zufolge folgende Tariferhöhung erlassen: Für Soldaten oder sonstige anderen Ressorts unterstehende Personen, die in staatlichen, dem Justizministerium unterstehenden Gefängnissen irgendeine Strafe verbüßen müssen, sind in Zukunft 13 000 Mk. täglich der betreffenden Strafanstalt zu bezahlen. Die Hälfte dieser Summe entfällt auf die Ernährung des Arrestanten, der Rest sind anderweitige Unkosten.

Lohnvorauszahlung für Staatsarbeiter. Der polnische Ministerpräsident hat in der Besoldungsordnung für Staatsarbeiter insofern eine Änderung eintreten lassen, als statt der nachträglichen Gehaltszahlung jetzt eine solche im voraus erfolgen wird, und zwar auf Grund der in den bisher geltenden Tarifverträgen festgelegten Sätze unter späterer Berücksichtigung der im Laufe des Monats eintretenden Teuerung.

Mäuseplage. In letzter Zeit macht sich den Landwirten eine äußerst schädliche Mäuseplage bemerkbar. In Getreideschobern und Scheunen hausen unzählige Mäuse und Ratten, die großen Schaden im Getreide anrichten. Auch auf den frisch mit Wintersaat bestellten Feldern werden Spuren dieser Schädlinge wahrgenommen.

⚔ **Schulverein „Deutsches Gymnasium in Posen“.** Die Generalversammlung des Schulvereins findet am Freitag, d. 19. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in der Turnhalle des Gymnasiums statt. Die Tagesordnung umfaßt den Jahresbericht, die Jahresrechnung, Festsetzung des Vereinsbeitrages, Satzungsänderung und Wahlen.

Arthur Brausewetter, der am Donnerstag in dem vom Kaufmännischen Verein und vom Handwerkerverein veranstalteten Unterhaltungsabend (im Vereinshaus) aus eigenen Werken vorlesen wird, steht gegenwärtig im 60. Lebensjahr. Er wurde am 27. März 1864 in Stettin geboren und ist seit ungefähr dreißig Jahren an der Danziger Marienkirche als Geistlicher tätig. Bekannt geworden ist er in erster Linie als Verfasser von Romanen und Novellen, die er zuerst unter dem Pseudonym Arthur Sewett, später unter seinem wirklichen Namen schrieb. Er veröffentlichte auch Gedichte, Betrachtungen und ästhetische Aufsätze. In Posen trat er schon einmal als Vorleser eigener Werke vor das Publikum: vor jetzt ungefähr zehn Jahren las er im großen Hörsaale der Akademie auf Einladung der Abteilung für Literatur der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft. Der Unterhaltungsabend am Donnerstag wird durch ein Orgelvorspiel eingeleitet werden, dem eine kurze Eröffnungsansprache folgen wird. Die Veranstalter glauben, dem hiesigen deutschen Publikum mit diesem Abend eine wirklich wertvolle Unterhaltung bieten zu können. Eintrittskarten in beschränkter Anzahl werden am Abend noch an der Saaltür zu haben sein.

Vom Film. „Die fünfte Avenue“ ist der Titel des inhaltsreichen Films, der jetzt im Teatr Pałacowy gezeigt wird. Unter den Künstlern, die in dieses Film mitwirken, wird Lucie Doraine besonders gerühmt.

Überfälle auf Juden wurden, wie uns berichtet wird, in der letzten Zeit wiederholt in den Straßen Posens verübt. Als Haupttäter wird von den Betroffenen der in der ul. Gen. Prądzyńskiego 13 wohnhafte Jan Sekretarczyk, der Hauptagitator der „Liga brony ojczyzny“, bezeichnet. Außer ihm sollen ein gewisser Anton Mieloszyński, ein Leon Duszczak und ein Michał Janowski sich an der Mißhandlung von Juden beteiligt haben. Sekretarczyk hat in einer Reihe von Fällen friedlich auf der Straße gehende Juden mit einem dicken Stock über den Kopf gehauen.

⚔ **Ein eigenartiger Diebstahl.** Aus einem Laden in der ul. Szewska 12 (fr. Schuhmacherstraße) wurden gestern 9 Haarzöpfe im Gewicht von 5 Kilogramm und im Werte von 3½ Millionen Mark gestohlen.

⚔ **Als Dieb abgefaßt** wurde auf dem Hauptbahnhofe ein gewisser Gellert, der im Besitz eines großen Postens nasser Wäsche war, die er offenbar von irgend einem Wäscheboden gestohlen hatte. Seine Absicht, mit der Beute von hier abzudampfen, wurde von der Bahnhofspolizei durch seine Festnahme vereitelt. Die Wäsche kann auf dem Bahnhofskommissariat besichtigt werden.

⚔ **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 6 Dirnen, 5 Betrunkene, 3 Personen wegen Diebstahls und eine, die von einer Behörde gesucht wird.

---

* **Bromberg,** 16. Oktober. Die „Deutsche Rundschau“ schreibt: Eine unliebsame Überraschung wurde allen Gasabnehmern gestern bereitet durch eine Bekanntmachung der Gaswerksleitung, nach der eine Vorauszahlung in Höhe eines Monatsverbrauchs verlangt wird. Begründet wird diese Forderung mit der Notwendigkeit, schleunigst Zahlungsmittel zum Ankauf von Kohlen zu erlangen. Diese Notwendigkeit soll nicht bestritten werden, aber die Schuld daran trägt lediglich die Verwendung der im Juni der Gasanstalt zu Kohleneinkäufen bewilligten Milliardenanleihe zu ganz anderen Zwecken. Darüber ist ja in der letzten Stadtverordnetensitzung eingehend gesprochen worden, und das Vorgehen des Magistrats wurde dabei scharf gerügt. Jedenfalls kommt es jetzt darauf hinaus, daß die Gasabnehmer die Folgen tragen sollen für verwaltungstechnische Fehler, die dem Magistrat zur Last fallen. Wenn nun aber schon die bittere Medizin geschluckt werden muß, so sollte man doch zum wenigsten die Rücksichtnahme üben, die Dosis zu halbieren und die Vorschußbeiträge in zwei Raten einzuziehen. — Auf Veranlassung des Kommissars zum Kampfe gegen Teuerung und Wucher wurde auf dem hiesigen Bahnhof ein Faß Butter beschlagnahmt, das verschoben werden sollte. — Auf dem alten katholischen Friedhof in der Berliner Straße wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden.

* **Inowrocław,** 16. Oktober. Die Schlachthausgebühren im hiesigen Schlachthause sind von heute ab um 100 Prozent erhöht worden.

* **Jutroschin,** 16. Oktober. Für September mußte hier das Kubikmeter Gas mit 22 000 Mk. bezahlt werden. Da sage noch einer, daß man in der Kleinstadt billiger lebt, als an größeren Orten.

* **Krotoschin,** 15. Oktober. Der Freitagwochenmarkt brachte einen erheblichen Rückgang der Getreidepreise. Roggen wurde mit 550—600 000 M. der Ztr. gehandelt. Weizen stand auf 800 000 M. Kartoffeln galten etwa 125—130 000 M. der Ztr. Im allgemeinen war der Markt reichlich beschickt, nur Butter und Eier waren spärlich zu sehen.

□ **Neutomischel,** 16. Oktober. Für einen einzigen Westenknopf 30000 Mark bezahlen mußte ein hiesiger Einwohner in einem hiesigen Geschäft, wie er in einem „Eingesandt“ der „Kreiszeitung“ mitteilt. Er bemerkt dazu: „Das geht denn doch über die Hutschnur! In einem andern Geschäft zahlte ich für denselben Knopf 2400 M. Wann wird der Wucher ein Ende nehmen?“

* **Paprotsch,** 14. Oktober. Ein tragisches Ende fand, wie die „Neutom. Kreisztg.“ schreibt, am Mittwoch der Eigentümer Wilhelm Wittchen von hier. Er war im Begriff, seinen Bullen, der mit anderem Vieh auf der Weide war, weiter zu treiben, als dieser mit einem Male in wilder Wut auf seinen Herrn losging und ihm mit den Hörnern den Leib aufriß, so daß die Eingeweide hervorquollen. Die Verletzungen waren so schwer, daß der Arzt dem Schwerverwundeten leider keine Rettung bringen konnte. Nach zwei Stunden wurde er durch den Tod von seinen schweren Leiden erlöst. Bis zu seinem Ende blieb Wittchen bei voller Besinnung und machte im Anblick des nahenden Todes sein Testament. Noch sei erwähnt, daß der treue Hofhund während des kurzen Kampfes seinen Herrn tapfer verteidigte und den Bullen forttrieb, sonst wäre der bedauernswerte Mann jedenfalls auf der Stelle von dem wütenden Tier zermalmt worden.

□ **Rawitsch,** 14. Oktober. Ihre goldene Hochzeit feierten am 9. d. Mts. in verhältnismäßig großer geistiger und körperlicher Frische die Schneidermeister T. Szymkowiakschen Eheleute.

S. **Rogasen,** 14. Oktober. Die Ferkelpreise bewegten sich auf dem letzten Wochenmarkt bei mäßigem Auftrieb zwischen 2,2 und 2,8 Millionen M. Für Gänse wurden bis 500 000 M., für Enten bis 250 000 M. gefordert, Hühnchen waren von 35 000 M. an zu haben. Butter und Eier fehlten noch immer. In der Molkerei kostet die Butter jetzt 190 000 M. — In Jankendorf entwurzelte der Sturm am Donnerstag zwei starke Pappeln, sie fielen jedoch so glücklich, daß sie keinen Schaden anrichteten.

* **Schönsee.** 16. Oktober. Spurlos verschwunden ist seit dem vorletzten Sonnabend ein hiesiger elfjähriger Knabe Er ist ziemlich klein. hat blondes Haar und große blaue Augen. Bekleidet war er mit dunklem Anzug mit dunkelblauem Kragen, grauem Hut, schwarzen Schuhen und gelben Strümpfen.

S. **Wongrowitz,** 15. Oktober. Der Besitzer Steinke und seine Gattin in Lekno feierten am Sonntag in voller Rüstigkeit im Kreise ihrer Verwandten und Freunde die Goldene Hochzeit.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

Englische Tuche für Polens Armee? Die Lodzer Zeitungen und die öffentliche Meinung dieser Stadt sind über ein außerordentlich wichtiges Vorkommen empört. Angeblich soll das Kriegsministerium die Absicht haben, aus England einen großen Posten Militärtuch für die Armee einzuführen. Dieses Tuch könnte man im Lande herstellen, vor allem aber in den Fabriken von Lodz. Dabei soll das Ministerium nicht mit den englischen Fabrikanten verhandeln, sondern mit einer Gruppe von englischen Spekulanten, die noch billige Ware aus Kriegsvorräten besitzen. Es handelt sich also um einen Gelegenheitskauf. Es ist in der Tat ein Gelegenheitskauf insofern, als der Preis des englischen Tuches niedriger ist. Er beträgt 52 Pens (gegen 10 Goldkronen), während die niedrigste Offerte aus Lodz für diese Lieferung 60 Pens für das Meter beträgt. Der Unterschied ist also ziemlich bedeutend. Dafür ist nichts über den Unterschied der Qualität bekannt. Da keine Proben des englischen Tuches vorliegen, kann das ja eine ausgesprochene Kriegsware ein. In jedem Falle muß die Angelegenheit vor ihrer Entscheidung gründlich überlegt und besprochen werden. In Lodz herrscht Arbeitslosigkeit. Die Fabriken arbeiten zwei oder drei Tage in der Woche. Die Tuchherstellung für die polnische Armee in polnischen Fabriken könnte einigen Tausenden Arbeitern Beschäftigung geben. Und das wäre in der gegenwärtigen Zeit außerordentlich wichtig. Eine Regelung mit den Lodzer Fabrikanten ließe sich auch noch finden.

Erhöhung der Mineralöl- und Petroleumsteuer. Vom 1. Oktober ab wurde die Steuer für den Verbrauch von Mineralöl und Petroleum erhöht. Der Anmeldung und Nachversteuerung unterliegen Mineralölvorräte nicht, die 100 Kilogramm nicht übersteigen, sich in den Naphtharaffinerien befinden oder auch zu den in der Verordnung der Finanzkammer vorgesehenen Zwecken verwendet werden. In den Anmeldungen der Vorräte, die der Nachversteuerung unterliegen, muß das Nettogewicht, der Grad der Dichtigkeit sowie der Ort der Aufbewahrung und der Name des Besitzers angegeben sein. Die Anmeldungen sind an die Finanzkammer zu richten. Die auf den angegebenen Vorrat entfallende Zuschlagsteuer war bis zum 10. Oktober in die Finanzkasse oder in die Postsparkasse auf Rechnung der Finanzkasse einzuzahlen.

Industrie.

Französische und deutsche Großindustrie. Über den Plan einer Gemeinschaft zwischen der französischen und deutschen Großindustrie erfährt der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse" in Wien: Es erregte großes Erstaunen, daß Stinnes ein Angebot über ein Zusammengehen der französischen und deutschen Großindustrie gemacht hat, da Stinnes derartige Versuche jedesmal vereitelt hat, einige Male sogar unmittelbar vor ihrer Verwirklichung. Man hat also wieder einmal Meinungswechsel von Stinnes zu verzeichnen, und sein Angebot bei General Degoutte hängt offenbar mit seinen Bemühungen zusammen, die politische Macht an sich zu reißen. Stinnes glaubt wahrscheinlich, es werde ihm gelingen, einen deutsch-französischen Industrietrust zu schaffen, der stark genug sein würde, seine politischen Pläne zu verwirklichen, ganz abgesehen von den Gewinnchancen. Aber auch Reichskanzler Dr. Stresemann trägt sich mit dem Plan der Schaffung einer deutsch-französischen Industriegemeinschaft, und es ist Stinnes nur gelungen, Stresemann zuvorzukommen. Stresemann hat ursprünglich eine direkte Beteiligung Frankreichs an der deutschen Industrie ins Auge gefaßt, während er jetzt nur an Einräumung von Hypotheken auf die deutsche Privatwirtschaft für Frankreich denkt. Dies wird jedoch nach Ansicht unterrichteter französischer Berliner Kreise (französische Botschaft) als ungenügend angesehen. Stresemann ist der Ansicht, Paris würde gegen sein Interesse handeln, wenn mit Stinnes und nicht mit der deutschen Regierung Abmachungen getroffen würden und die Bestrebungen von Stinnes auf die Einsetzung einer Rechtsregierung in Deutschland unterstützt würden. Angeblich beabsichtigt Stresemann, den früheren Reichskanzler Fürsten Bülow nach Paris zu entsenden, um die von ihm dringend gewünschten Verhandlungen mit Poincaré einleiten zu können. Nach gleichen Informationen plant ein Teil der französischen Großindustriellen unter Führung von Schneider-Creuzot nicht nur die direkte Beteiligung an den deutschen Industrieunternehmungen, sondern auch an dem von der deutschen Industrie vorzunehmenden Wiederaufbau Rußlands. (Wir verzeichnen diese Meldung, lassen aber ihre Richtigkeit dahingestellt sein. D. Red.)

Geldwesen.

Ablehnung von Markkonten in der Schweiz. Die rapide Entwertung der deutschen Papiermark hat es mit sich gebracht, daß einzelne ausländische Bankhäuser sich weigern, deutsche Markkonten noch fernerhin weiter zu führen, da sich dieses Geschäft vollständig unrentabel gestaltet. So teilt die Züricher Kantonalbank ihrer Kundschaft mit, daß sie künftighin Schecks und Überweisungen im Einzelbetrage von unter 100 Millionen Mark nicht mehr annehmen könne und sich ebenfalls außerstande sehe, auf deutsche Papiermark lautende Konten anzunehmen. Das Vorgehen dieses Instituts ist bis jetzt noch alleinstehend.

Neue Geldpolitik in England. Aus London, 11. d. Mts., wird uns mitgeteilt: Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung die Inflationspolitik aufzugeben und eine Deflation in gewissem Maße zuzulassen, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Im Zusammenhang mit den Gerüchten, daß die britische Regierung eine neue Geldpolitik erwäge, ist es von Interesse, daß Arbeitsminister Berlow in einer Rede in Nottingham mitteilte, der Präsident der Barcays-Bank habe einen Plan betreffend eine Geldinflation bis zu 100 Millionen zur Verbesserung der Lage des Handels vorgelegt. Der Minister erklärte, der Plan verdiene eine Prüfung, wenn sich auch noch nichts Endgültiges sagen ließe.

Von den Aktiengesellschaften.

Polska Hurtownia Skór i Surowców in Samter. Die G. m. b. H. ist in Liquidation getreten. Zu Liquidatoren sind die Herren Szuwart und Andrzejewski in Posen, ul. Dąbrowskiego Nr. 83/85, bestimmt. (M. P. 235.)

„Cerata", S. A. in Warschau. Die Generalversammlung findet am 8. November 1923, nachm. 6 Uhr, im Bureau der Aktiengesellschaft in Warschau, ul. Długa Nr. 21, statt. (M. P. 235.)

Cukrownia Chybie, S. A. in Chybie. Die Generalversammlung hat beschlossen, für das Geschäftsjahr eine Dividende von 2000 Mkp. pro Aktie auszuzahlen. Mit der Auszahlung ist die Bank Hypoteczny in Krakau beauftragt worden.

Hartwig Kantorowicz Nachf. in Posen, T. A. Die Generalversammlung findet am Montag, dem 5. November 1923, vorm. 11½ Uhr, in dem Sitzungssaal der Zentrale der Bank Przemysłowców in Posen, ul. 27. Grudnia 13, statt. (M. P. 235.)

Starogardzka Fabryka Mebli, T. A. in Stargard. Die Generalversammlung findet am 25. Oktober 1923, nachm. 3 Uhr, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Stargard statt. (M. P. 235.)

Von den Märkten.

Edelmetall. Warschau, 15. Oktober. Gold 700, Silber 21, Platin 3050, Silberrubel 290, Goldrubel 550. (In tausend Mkp. pro 1 Gr. Feingehalt.)

Metalle. Warschau, 15. Oktober. Der Polnische Eisenhüttenverband hat ab 15. Oktober folgende Preise bis auf Widerruf festgesetzt: Eisen im Handel 40 500, bei Bestellung von 60 To., bei geringerer Quantität 2 Proz. Aufschlag. Bandeisen kalt gewalzt 77 800, heiß gewalzt 47 200, Draht 50 800, Blech 58 800, Universaleisen 49 000. Alle Preise verstehen sich für 1 Kg. loko Hütte. — Berlin, 15. Oktober. Raff. Kupfer 1200—1250, Orig. Hüttenweichblei 540—570, Hüttenrohzink 700—720, Remelted 520—540, Orig. Aluminium 2400—2500, Zinn (Straits, Banka u. Austral.) 4400—4600, Hüttenzinn 4200—4400, Reinnickel 2600—2700, Silber in Barren 85 000—90 000. — Neuyork, 15. Oktober. Elektrolitkupfer 13,00, Zinn 41,62, Blei 6,92, Zink 6,22, Roheisen 23,25, Weißblech 5,62.

Börse.

Warschauer Börse vom 16. 10. 23. Wegen der Trauer in Warschau aus Anlaß des Explosionsunglücks fand heute keine Börse statt. Am Vortage wurden inoffizielle Werte gehandelt: Elektrownia Pruszków 95—100, Kauczuk 95, Lokomotywy 200, Nitrat 80, Polska Hurt. Opałowa 9.5, Sarniańska Huta Szkła 30, Zakł. Górn. „Półprod." 50, Przemysł Terpetynowy 120, Zagozdzon 60, Czempin 60—76.

Krakauer Börse vom 15. Oktober. Im ganzen war die Tendenz ziemlich bewegt. Die schweren Papiere gewinnen etwas, einzelne schwächer, der Rest unverändert. Es notieren offiziell: Posener Bank Przemysłowy 165—170, Bank Małopolski 265—280, Tohan 160—170, Zieleniewski 3975—4300, Cegielski 215—228.5, Trzebinia 220—240, Pharma 160—175, Parowózy 135—140, Niemojewski 200—220, Górka 4500—4800, Tepege 1475—1500, Krakus 260—280, Ćmielów 400—430, Chodorów 1450—1500, Pokucie 255 bis 390, Siersza Elektr. 110—115. Von nichtnotierten Werten wurden gehandelt: Jaworzno 9250—8500, ultimo 11 250—12 100, Gazy 11 000—11 500, ultimo 15 750, Chybie 2400—2500, Silesia 1300—1250, Lokomotywy 155—170, Nitrat 75, Azoty 135, Garbarnia w Ludwinowie 650, Potęga 3150.

Die P. K. K. P. hat am 12. Oktober neue Banknoten im Werte von 100 000 Mkp. in Umlauf gebracht. Die neuen Banknoten haben ein Ausmaß von 163,5 mal 80 Millimeter. Ausgeführt sind sie auf einem Papier mit Wasserzeichen.

Die P. K. K. P. zahlte für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen): Rubel 365 200 (250 200), Mark 160 100 (69 500), Krone 143 800 (58 000), lateinische Münzunion 136 900 (58 000), Dollar 710 000 (334 400), Pfund Sterling 3 455 000 Pfund Sterling 3 455 000, türkische Pfund 3 114 200, holl. Gulden 285 300, österr. Dukaten 1 585 300, belg. Dukaten 1 624 100, 1 g Feingold 471 850, 1 g Feinsilber 13 900.

Zlotykurse im Jahre 1923: 8. 1. 2300, 22. 1. 3500, 29. 1. 4500, 5. 2. 5500, 12. 2. 6500, 19. 2. 7000, 26. 2. 7500, 20. 4. 8000 25. 5. 8500, 1. 6. 9000, 9. 6. 10 500, 23. 6. 17 000, 30. 7. 25 000, 6. 8. 30 000, 10. 8. 35 000, 18. 8. 40 000, 18. 9. 45 000, 1. 10. 50 800.

Ostdevisen in Berlin. Ausz.: Bukarest 17 412 500 G. 17 587 500 B., Kattowitz 4145 G., 4255 B., Riga 14 490 000 G., 14 710 000 B. 50 v. H. — Noten: polnische Mark 3700 G., 3900 B., lettische Rubel 13 750 000 G., 14 450 000 B., estnische Mark 10 140 000 G., 10 660 000 B., Litauen 331 500 000 G., 348 500 000 B.

Der Dollar in Polen errechnet aus der Danziger Parität 1 000 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark). Die Goldmark aus dem Danziger Kurs 238 000 Mark polnisch.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 17. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	2 200 000—2 400 000	Roggenkleie	700 000
Roggen	1 275 000—1 375 000	Hafer	1 100 000—1 200 000
Weizenmehl	3 800 000—4 100 000	Eßkartoffeln	320 000—350 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	2 350 000—2 450 000	Fabrikkartoffeln	260 000—280 000
Gerste	1 200 000—1 300 000	Roggenstroh, lose	90 000—100 000
Braugerste	1 600 000—1 700 000	„ gepr.	125 000—140 000
Weizenkleie	750 000	Heu, lose	125 000—140 000
		„ gepr.	170 000—200 000

Getreide- und Kartoffelvorräte decken nicht die Nachfrage. Tendenz: fester.

Posener Viehmarkt vom 17. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** I. Sorte 6 600 000 M., II. Sorte 5 800 000 bis 6 000 000 M., III. Sorte 4 600 000—5 000 000 M. — Kälber: I. Sorte 6 800 000 M., II. Sorte 5 800 000—6 000 000 M., III. Sorte 5 000 000—5 200 000 M.

II. **Schafe** I. Sorte 4 900 000—5 000 000 M., II. Sorte 4 200 000 M., III. Sorte 3 200 000 M.

III. **Schweine:** I. Sorte 11 600 000—11 800 000 M., II. Sorte 10 800 000—11 000 000 M., III. Sorte 9 600 000—10 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 31 Ochsen, 169 Bullen, 237 Kühe, 232 Kälber, 1285 Schweine, 490 Schafe, 9 Ziegen. — Tendenz: lebhaft.

Danziger Mittagskurse vom 17. Oktober.

Polenmark in Danzig	600 000
Dollar in Danzig	6 000 000 000

Warschauer Vorbörse vom 17. Oktober.

Deutsche Mark in Warschau	0,00013
Dollar	940 000—950 000
Englische Pfund in Warschau	4 300 000
Schweizer Franken in Warschau	170 000
Französischer Franken in Warschau	58 000

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

An unsere Leser.

Die Teuerungswelle geht weiter! Infolgedessen erhöht sich der Abonnements-Preis ab **1. November** wie folgt:

1. bei **Abholung** aus der Geschäftsstelle .... **105 000 Mk.**
2. in den Posener **Zeitungs-Ausgabestellen** .... **107 000** „
3. durch **Zeitungsboten** in der Stadt Posen .... **108 000** „
4. durch **Postbestellung,** einschließlich Postgebühren .... **115 800** „
5. ins **Ausland** 2 mal wöchtl. Streifb. **150 000** „
   täglich unter Streifband .... **170 000** „
   poln., in deutscher Währung nach Kurs.

Verlag des Posener Tageblattes.